

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Elisabeth Schwarzhaupt

Luise Rehling zum Gedächtnis

Eberhard Stammler

Politischer Stil als Ausdruck
evangelischer Ethik

6

JUNI 1964

12. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Entwicklungshilfe und Entwicklungsdienst	1
Eberhard Amelung	
Luise Rehling zum Gedächtnis	3
Elisabeth Schwarzhaupt	
Kurz kommentiert	5
Allchristliche Friedenskonferenz — Das Deutsch-Französische Jugendwerk — Demoskopische Ergebnisse	
Politischer Stil als Ausdruck evangelischer Ethik	6
Eberhard Stammler	
Berichte	12
11. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises Arbeitsgruppe II und III	
Pressestimmen	16
Geist — Ordnung — Macht; Versachlichung und Konzeption	
Bücher	19
Häns Günther Adler, Eine Reise — Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto	
Leserbriefe	

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (Bad Godesberg, Michaelstraße 10) ist Bundesministerin für Gesundheitswesen. — Pfarrer Eberhard Stammler (Stuttgart, Gerokstraße 21) ist Chefredakteur der Zeitschrift „Junge Stimme“. — Dr. Heinrich Lades (Erlangen, Rathaus) ist Oberbürgermeister von Erlangen. — Dr. Walter Strauss (Luxemburg-Weimershof, rue d'Églantems) ist stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

12. Jahrgang, Heft 6

Juni 1964

Entwicklungshilfe und Entwicklungsdienst

In diesen Tagen geht die Welthandelskonferenz in Genf zu Ende. Sie hat einmal mehr deutlich gemacht, welche schwierigen Problemen die Staatsmänner überall in der Welt heute gegenüberstehen, Probleme, die auch nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Die Staatsmänner in den sogenannten jungen Nationen, oder auch in den weniger entwickelten Gebieten wie Südamerika, finden sich immer wieder in der Situation des Zaublerlehrlings vor, wenn sie nicht wissen, wie sie der meist von ihnen selbst ausgelösten Dynamiken Herr werden sollen. Die Politiker in den Industrienationen stehen zwischen ihrem Willen, die Berechtigung der Entwicklungshilfe vor ihren Völkern zu vertreten und den übersteigerten Forderungen der Empfänger, die die Wirtschaftskraft der Geberländer oft weit übersteigen.

Ein zweifacher Gegensatz bestimmt das Verhältnis der beiden Staatengruppen zueinander. Auf der einen Seite steht die Tatsache, daß die einen über Wirtschaftskraft und Kapital verfügen und die anderen beides so schnell wie möglich haben wollen. Auf der anderen Seite steht die verschiedene Auffassung hinsichtlich der Methode, mit Hilfe derer den wenig Habenden geholfen werden soll. Im Blick auf diese zweite Seite ist der Gegensatz besonders groß, wie nicht zuletzt die Welthandelskonferenz gezeigt hat. Die einen sehen im freien Welthandel, bei dem die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders berücksichtigt werden, die Methode, das für alle Beste zu erlangen; die anderen erhoffen ihren wirtschaftlichen Aufschwung von allerlei Kontrollinstanzen und Planungskommissionen, die den Welthandel dirigieren.

Für diesen Gegensatz gibt es mancherlei Gründe. Da die Entwicklungsländer überwiegend nur wenige Produkte haben, mit denen sie Handel treiben können, sind sie in ihrem Außenhandel sehr stark von den Preisentwicklungen auf den Rohstoffmärkten der Welt abhängig. Ein Preiszerfall auf dem Kaffee-, Zinn- oder Weizenmarkt, kann ein Land wesentlich mehr kosten als die Entwicklungshilfe vieler Länder ihm einbringt. Die Präferenz für ein sozialistisches Wirtschaftssystem ist aber auch mit der Geschichte des langen Kampfes um die Selbständigkeit verknüpft. Freie Wirtschaft und Kolonialismus werden verständlicherweise identifiziert. Deshalb sieht man nicht nur in politischen, sondern auch in wirtschaftspolitischen Dingen nach dem Osten.

Die Ostblockstaaten waren in Genf bei den Gesprächen und Entscheidungen in einem gewissen Dilemma. Einerseits suchten sie natürlich die Mißstimmung der jungen Nationen gegenüber den westlichen Industrienationen zu schüren; andererseits gehört es aber auch zu ihrem ideologischen Werkzeug, die Überlegenheit des eigenen Gesellschaftssystems gerade durch den Aufweis der wirtschaftlichen Erfolge darzulegen. Damit rücken sie aber automatisch in die Gruppe derer ein, an die man auch Forderungen richten kann. Der Westen hat dieses Dilemma bisher propagandistisch nicht genügend ausgenützt.

Der Westen ist ohne ein umfassendes Konzept in die Entwicklungshilfe hineingestolpert und muß dafür teuer bezahlen. Das haben die Verhandlungen in Genf wieder gezeigt. Die Entwicklungshilfe begann in großem Stil mit dem Marshall-Plan, in dem einige im Krieg erprobte Methoden im Frieden weitergeführt wurden. Dieser Plan, der in Europa sehr erfolgreich war, wurde anschließend auf Gebiete mit gänzlich anderen gesellschaftlichen Strukturen ausgedehnt. Damit begannen die Schwierigkeiten. Die Mittel versickerten vielfach ohne befruchtend zu wirken, oder sie flossen durch dunkle Kanäle auf private Konten in die Industrienationen zurück. Als den USA, in denen die Kritik an dieser Art der Entwicklungshilfe schon immer scharf war, die schnell wachsende Last zu schwer wurde, drängten sie ihre Verbündeten zur Mithilfe. Auch dabei wurden die Konzeptionen nicht besser, insbesondere da die Entwicklungsländer Geschmack an dieser Art der Hilfe gewannen und die weltpolitische Konstellation oft geschickt dazu ausnutzten, die westlichen Nationen unter Druck zu setzen. Obgleich die Summen, die in fast zwei Jahrzehnten ausgegeben wurden, beachtlich sind, haben sie bisher nur zu geringen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Reformen geführt.

Die Kritik an der Entwicklungshilfe ist alt, und doch hat es verhältnismäßig lange gedauert, bis sich eine konstruktive neue Idee durchsetzte. Es ist jetzt vier Jahre her, daß im amerikanischen Wahlkampf Präsident Kennedy die Idee des Friedenskorps zu einem seiner Programmpunkte machte. Nach seiner Wahl setzte er sie sofort in die Tat um, so daß heute, nach dreieinhalb Jahren, bereits 7500 junge Amerikaner in den verschiedenen Ländern „dienen“ im besten Sinn des Wortes. Es stecken viele verschiedene Elemente in dieser Idee eines Friedenskorps, die die Phantasie der Amerikaner gepackt hat: missionarischer Drang, aber auch die Erkenntnisse, die man aus den Fehlern der christlichen Mission erworben hat, Idealismus und Fortschrittsglaube, aber auch der eindeutige Wille zur Solidarität mit den Menschen, die auf einer anderen Entwicklungsstufe leben. Die ersten Erfolge haben alle Skeptiker in den USA und den Entwicklungsländern widerlegt. Der Ruf nach diesen jungen Menschen, die nicht als Kolonialisten, sondern als Lehrer und Mitarbeiter kommen, ist so stark, daß längst nicht alle Anforderungen befriedigt werden können.

Es ist in diesen Tagen ein Jahr her, daß Präsident Kennedy die Bundesrepublik besuchte und bei dieser Gelegenheit auch der Gründung des deutschen Friedenskorps, dem Deutschen Entwicklungsdienst, beiwohnte. Wie mit seinem ganzen Besuch, so versuchte er auch in diesem Falle etwas von der Kraft und dem Schwung der Ideen, die seine kurze Regierungszeit bestimmten, in die Bundesrepublik zu tragen. Vielleicht wird die spätere Geschichtsschreibung einmal herausstellen, daß Kennedys Besuch durch die Gründung des deutschen Friedenskorps eigentlich bedeutsam geworden ist. In diesen Wochen machen die ersten 35 Bewerber ihren Ausbildungskurs von 3 Monaten durch, so daß sie noch im Herbst dieses Jahres zur Arbeit an den ausgewählten Projekten reisen werden. Die Anfänge des Entwicklungsdienstes waren schwerer als in den USA. Zwar waren auch in der Bundesrepublik private Organisationen vorhanden, auf deren Erfahrung die Gründer sich stützen konnten. In den USA ist man jedoch gewohnt, daß der Staat Aufgaben übernimmt, die aus privater Initiative erwachsen sind, und das Zusammenspiel zwischen staatlicher Verwaltung und privaten Organisationen ist lange geübt. Wir dotieren zwar die Arbeit vieler Organisationen aus staatlichen Mitteln, aber das bedeutet keine eigentliche Zusammenarbeit, wie sie im Falle des Entwicklungsdienstes gefordert war.

Schließlich stand am Anfang auch nicht die Initiative eines Politikers oder irgendeiner anerkannten Organisation, sondern die Bundesrepublik verdankt die Entstehung des Entwicklungsdienstes weitgehend der Tatkraft eines Privatmannes, der in den normalen Begriffen unseres Staatslebens eigentlich nichts aufweisen konnte, was ihn zu dieser Funktion prädisponierte. Er heißt Walther Casper und ist heute ehrenamtlich Vorsitzender des Verwaltungsrates des Deutschen Entwicklungsdienstes. Die amerikanische Marquette-Universität, zu deren Ehrendoktoren Konrad Adenauer und Ludwig Erhard gehören, hat ihn in diesen Tagen für seine Verdienste um die Idee des Friedenskorps durch die Verleihung der Würde eines Ehrendoktors der Rechte geehrt. Damit ehrt Amerika einen Mann, der ein echter Brückenbauer zwischen den beiden Ländern geworden ist, und der sich durch seinen unermüdlichen Einsatz große Ver-

dienste um die Bundesrepublik erworben hat. Er hat nicht nur Kontakte geschaffen und Ideen vermittelt, sondern er hat zugleich erkannt, daß sich mit der Idee des Friedenskorps für die Bundesrepublik eine Chance eröffnet, ihr Selbstverständnis in der Welt zukunftsweisend und aufbauend zu klären.

Es ist ein neues Phänomen in der deutschen Politik, daß ein Außenseiter eine Initiative ergreift und neue Entwicklungen in Gang setzt. Es ist ein erfreuliches Zeichen, auch wenn die Widerstände, die sich auf den verschiedensten Ebenen gezeigt haben, nicht leicht zu überwinden waren. Aber eine Demokratie kann nur leben, wenn es solche Menschen gibt, die selbstlos ihre Kraft im politischen Raum für die Verwirklichung einer Idee einsetzen. Es ist eine Schwäche unseres Staates, daß es solche Initiativen heute noch viel zu wenig gibt und daß sie von der Verwaltung meist nicht gern gesehen werden. Im Falle des Entwicklungsdienstes müssen wir besonders dankbar sein, daß eine welterfahrene Industrieller seine Erfahrungen in den Dienst einer wichtigen Sache stellt. Möge sein Beispiel Schule machen.

Luise Rehling zum Gedächtnis

Elisabeth Schwarzhaupt

In der vergangenen Woche haben wir von Frau Dr. Luise Rehling Abschied nehmen müssen, Abschied von einer Frau, deren Leben als Mutter, als Pfarrfrau und als führende evangelische Politikerin geprägt war durch die warmherzige mütterliche Sorge für andere, in einem bewundernswerten Zusammenspiel von Geist und Tatkraft, politischem Weitblick und Lebensklugheit.

1896 in Bochum-Harpen geboren, schien ihr Lebensweg auf einen akademischen Beruf hinzusteuern. Sie studierte Philologie und promovierte über ein außenpolitisches Thema. Die Ehe mit einem evangelischen Pfarrer führte sie dann aber in das Pfarrhaus nach Hagen, in eine Industriegemeinde, in der sich die Not zunehmender Arbeitslosigkeit ausbreitete. Hier in Hagen zog sie ihre Kinder groß, in dieser Stadt stand sie die Schwierigkeiten einer Pfarrfrau durch, deren Mann als aktives Glied der Bekennenden Kirche den Nationalsozialisten unerwünscht war. In dieser Stadt begann sie nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ihre politische Tätigkeit in der CDU als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, seit 1949 war sie als Vertreterin der Hagener Bürgerschaft im Bundestag. Sie gehörte zu den Frauen, die diesen Schritt in den Bundestag nicht ohne Zögern unternahmen, weil sie den Konflikt mit den Aufgaben in ihrer Familie und in ihrer Gemeinde fürchteten. Sie war aber auch eine derjenigen Frauen, die sich dann, als sie sich für diesen Weg in den Bundestag entschieden hatten, mit der ganzen Fülle ihrer Gaben einsetzten. Die Sorge für den Menschen war für sie auch hier das bestimmende Moment. Neben sozialpolitische Fragen traten bald die besonderen Probleme der Familie, die Bemühungen um einen angemessenen Familienlastenausgleich, um den Bau von Wohnungen für junge Familien. Ihre Fähigkeit, in geschichtlichen Zusammenhängen zu denken, führte sie auch schon sehr bald in den Auswärtigen Ausschuss und in europäische Gremien.

Es war selbstverständlich, daß eine solche Frau mit unbeirrbarem eigenen Urteil, Sachverstand und sozialem Empfinden in vielen führenden Stellen ihren Platz einnahm, im Bundesvorstand der CDU, als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, als stellvertretende Landesvorsitzende in Westfalen. Ihr Tod hinterläßt nicht zuletzt auch im Evangelischen Arbeitskreis der CDU eine schmerzliche Lücke. Sie war eine in einem letzten und tiefen Sinn fromme Frau, durchdrungen von der Verantwortung des Christen für das öffentliche Leben, ebenso aber auch überzeugt von der Notwendigkeit des Zusammenstehens von Menschen beider christlicher Konfessionen in einer politischen Partei.

Der Tod von Frau Rehling läßt auch die Frauen in der CDU einsamer zurück. Ihr Eintreten für den Einfluß und die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Bereich entsprach ihrer Überzeugung, daß die Frau in ihrer Eigenart sowohl als Mutter in der Familie als auch als Politikerin im öffentlichen Leben einen unersetzbaren Beitrag zu geben habe. Dieses Leben hat sie uns vorgelebt. Dafür danken wir ihr.

Allchristliche Friedenskonferenz

Ende Juni wird in Prag die zweite „Allchristliche Friedenskonferenz“ stattfinden. Die Vorbereitungen laufen auf vollen Touren. Einige wichtige Vorkonferenzen wurden auf westdeutschem Boden abgehalten. So tagten in einem evangelischen Jugendzentrum im Odenwald zum Beispiel eine „Internationale Jugendkammer“ und eine internationale Kommission, die sich „Friede und Gerechtigkeit“ nennt. Den Vorsitz hatten Männer aus Prag und Bukarest.

Die Christliche Friedenskonferenz hat, wie es scheint, inzwischen eine sehr differenzierte Organisation entwickelt; sie bemüht sich eifrig um Internationalität, sie wirbt um Mitarbeiter in allen Erdteilen; und sie beschäftigt sich vielfach mit Dingen, die auch von den Arbeitsgruppen der Ökumene in Genf schon behandelt werden. Es läßt sich kaum noch leugnen: es ist, trotz wiederholter Dementis, vielleicht nicht eine Gegenökumene, so doch eine Art von schattenhafter Nebenökumene entstanden. Das Verhältnis zwischen Prag und Genf birgt jedenfalls noch viele strukturelle und kirchenpolitische Spannungen. Die Prager selbst verstehen sich nicht als eine Organisation von Kirchen, sie wollen eine „Bewegung“ sein. Zwar wären sie glücklich, es kämen aus allen Kirchen offizielle Delegationen — „Delegation“ ist eins der allgemein-östlichen Zauberworte —, aber bisher ist die Christliche Friedenskonferenz noch immer ein Gemisch von offiziellen Repräsentanten und privat interessierten einzelnen Christen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich bisher immer darauf beschränkt, Beobachter zu schicken. Das blieb freilich nicht ohne Widerspruch. Besonders der rheinische Präses Beckmann vertritt die Meinung, man solle ruhig offiziell nach Prag gehen, um dort das Beste daraus zu machen. Durch solche Kontakte würden die Christen in allen Ländern jenseits der Mauer gestärkt. Vor allem die protestantischen Minderheitskirchen bedürften dieser Hilfe. Einen politischen Einfluß habe die Friedenskonferenz im übrigen weder im Osten noch im Westen. Beckmann, der den Satz geprägt hat: „Wir müssen einmal etwas Tapferes wagen“, respektiert jedoch zugleich die zurückhaltende Entscheidung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er weiß, daß unter den führenden Köpfen der Friedenskonferenz einige durchaus parteiisch gebunden sind, und er hat mitgeholfen, den Prager klar zu machen, es sei nicht Aufgabe der Kirche, Stellung zu nehmen zu politischen Dingen wie dem Rapacki-Plan oder der Anerkennung Pankows durch Bonn.

Bei den an der Prager Friedenskonferenz beteiligten Menschen muß tatsächlich zwischen zwei Gruppen unterschieden werden. So tut es etwa auch der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Scharf. Er sagt: unter den Prager Männern gibt es solche, die „von der gleichen brennenden Sorge um den Frieden erfüllt sind wie

Carl Friedrich von Weizsäcker und die Kirchenleitungen in den beiden Teilen Deutschlands . . . Es gibt unter ihnen aber auch einflußreiche Vertreter von kirchlichen Gruppen, die die christliche Forderung nach dem Frieden in der Welt von einem politischen Vorverständnis her . . . konkretisieren wollen“. Es ist falsch, über alle, die nach Prag reisen werden, mit einem zu einfachen Schema zu urteilen. Im übrigen ist aber die Christliche Friedenskonferenz weiterhin vielfältig in Gefahr, von sachfremden politischen Tendenzen überfremdet zu werden. Es wäre gut, wenn sich darüber wenigstens niemand hinwegtäuschte.

In Frankreich hat vor wenigen Wochen ein Komitee von prominenten orthodoxen, katholischen und evangelischen Männern zu einer großen öffentlichen Versammlung eingeladen, um über die seit 1959 verschärfte Lage in der Sowjetunion zu informieren. Das Komitee bemühte sich um äußerste Sachlichkeit; es sollte nicht zum Kreuzzug geblasen werden. Es war zum Beispiel aufschlußreich genug, einfach einige offizielle Texte des Moskauer Patriarchats vorzulesen — obwohl diese, wie immer bei den Orthodoxen, höchst vorsichtig und verschlüsselt formuliert sind. Schließlich konnte man auch einfach den sowjetischen Chefideologen Iljitschew zitieren. Dieser hatte im vorigen Jahr in einem Bericht an das Zentralkomitee der russischen KP erneut gesagt, es sei eine unaufgebbare Vorbedingung für den Aufbau des Kommunismus, die religiösen Bekenntnisse zu beseitigen; er forderte deshalb eine verschärfte antireligiöse Propaganda. Die französischen Christen eröffneten nun, sozusagen stellvertretend für die Christen im Osten, die das oft nicht tun können, das Gespräch mit dem kommunistischen Staatsatheismus. Ähnlich tun dies, wie bekannt, auch seit langem verschiedene christliche Gruppen in Westdeutschland.

Die Kommunisten werden aufgefordert, sich doch einmal von dem Zerrbild des Christentums zu lösen, das sie nun schon seit Generationen vor sich hertragen. Pfarrer Albert Finet, der Herausgeber der Wochenzeitung „Réforme“, erinnerte die Kommunisten daran, daß sie sich doch so gerne als Erben der französischen Revolution ausgeben. Die französische Revolution jedoch habe letztlich der Religionsfreiheit den Weg geebnet. Die Antireligionspolitik der Sowjets dagegen bedeute einen Rückfall in den Absolutismus.

Auch die kommunistische Zeitung „L'Humanité“ griff das Thema auf. Sie interviewte in Moskau den Leiter des Außenamtes der Russisch-Orthodoxen Kirche, den Metropoliten Nikodim. Nikodim ist in solchen Fällen in einer mißlichen Lage. Er kann von den Schwierigkeiten seiner Kirche nur sprechen, indem er scheinbar sagt, es gäbe keine Schwierigkeiten. Das klingt dann etwa so: es sei völlig verfehlt, von einem „Todeskampf“ der Kirche in der Sowjetunion zu sprechen; es gäbe auch hier noch eine große Zahl tief im Glauben verwurzelter Christen, die auch im täglichen Leben Zeugnis für ihren Glauben ablegten. Um nicht sagen

zu müssen: was die da in Paris feststellten, stimmt — nimmt er an, man habe in Katastrophenstimmung von einem Todeskampf der Kirche gesprochen und weist diese Übertreibung zurück. Schließlich bat Nikodim, man solle im Westen, wenn man von einer Intensivierung der antireligiösen Propaganda höre, darin keine „Verfolgung der Religionen“ sehen, sondern einen „Kampf der Ideen“.

Ein ähnliches Interview mit dem Metropoliten Pimen verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass; doch wurden darin die Dinge noch mehr verharmlost und beschönigt. Immerhin zeigt dies, wie sehr die Sowjets reagieren, wenn man im Westen die Öffentlichkeit sachlich über die Lage der Christen im Osten informiert. Wir sollten deshalb nicht nachlassen, dies zu tun.

Zur Lage gehört etwa, daß die Partei sich mit einem neuen Anlauf darum bemüht, die kommunistischen Ersatzriten zu fördern. In der letzten Zeit wurden in Rußland Feiern organisiert wie etwa ein „Russisches Winterfest“ anstelle von Weihnachten oder ein sogenanntes „Partisanen-Lagerfeuer“ oder der „Geburtstag eines Kolchos“. Die Registrierung der Neugeborenen soll zu einem Festakt entwickelt werden und so fort.

Zur Lage in Mitteldeutschland gehört zum Beispiel, daß in Jena am philosophischen Institut der Universität ein neuer Lehrstuhl für „wissenschaftlichen Atheismus“ eingerichtet wurde. Berufen wurde Professor Olaf Klohr, der mit einigen antireligiösen Schriften hervorgetreten ist. In einem Gespräch mit einer russischen Zeitschrift kündigte Klohr an, man habe vor, eine einheitliche atheistische Organisation zu gründen.

v. K.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk

Fast 40 Mill. DM stehen in diesem ersten Jahr seiner Tätigkeit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung. Nach Art. 2 des Abkommens vom Juli 1963 geht es vor allem darum, „die Bande zwischen der Jugend beider Länder enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen“. Ein hohes und schönes Ziel, ohne dessen Verwirklichung die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich auf lange Sicht nicht bestehen kann. In der Praxis ergeben sich allerdings eine Reihe von Schwierigkeiten, die man bei allem Enthusiasmus sehen muß.

Die größte Gefahr scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt die eines Massentourismus zu sein. Die Zahl derer, die sich zu den verschiedenen Reisen gemeldet haben ist groß, so groß, daß viele nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Aber viele denken offensichtlich daran, auf Kosten des Staates einen angenehmen Urlaub zu verbringen. Demoskopische Untersuchungen in Deutschland und Frankreich deuten darauf hin. Dagegen ist an sich nicht viel zu sagen, aber der Sinn des Vertrages liegt doch wohl nicht darin, den Tourismus zu fördern. Das Jugendwerk kann das sicherlich niemals ganz ausschalten, aber es muß sich fragen, was zu tun ist, um den Sinn des Vertrages zu erfüllen.

Wenn man auch die Erfahrungen wird abwarten müssen, die die Arbeit dieses ersten Jahres bringen wird, so können doch schon jetzt einige Überlegungen ausgesprochen werden.

Einmal ist zu prüfen, ob man nicht eine sprachliche Ausbildung und ein umfangreicheres kulturelles Programm in die Reiseprogramme aufnehmen sollte, um ein vertieftes Kennenlernen von Land und Leuten zu ermöglichen, wie es durch bloßen Tourismus doch nur sehr begrenzt erreichbar ist. Zum anderen muß darauf geachtet werden, daß auch die Arbeiter- und Landjugend in den Genuß des deutsch-französischen Austausches kommt. Denn gerade in diesem Teil unserer Jugend sind die Kenntnisse über den Nachbarn nicht gerade groß. Außerdem fahren junge Arbeiter und Bauern seltener als Studenten und Angestellte ins Ausland. Das hat mancherlei Gründe, psychologische wie soziologische; es seien nur die mangelnden Sprachkenntnisse genannt. Auf diese jungen Menschen kommt es jedoch an, will man verhindern, daß das Deutsch-Französische Jugendwerk — sagen wir es sehr überspitzt — eine „akademische Angelegenheit“ wird. Die Verantwortlichen des Jugendwerkes, an ihrer Spitze Bundesminister Heck, sind sich dieser Gefahren bewußt. Es ist zu hoffen, daß es ihnen gelingt, Mittel und Wege zu finden, sie abzuwenden. -el.

Demoskopische Ergebnisse

Politiker in einer Demokratie leben von der Meinung ihrer Wähler. Deshalb ist man allseits an diesen Meinungen interessiert. Kaufleute leben von der Meinung ihrer Käufer, weshalb sie diese möglichst genau kennenlernen wollen. Die Demokratie wie die ganze pluralistische Gesellschaft erkennt den Meinungsforschern deshalb einen hohen Rang zu. Sie versuchen der Gegenwart immer ein Stück voraus zu sein. Die Käuferwünsche von morgen wollen sie heute erkunden, damit die Wirtschaft sich darauf einstellen kann. Aber auch die Wahlergebnisse der nächsten Woche oder des nächsten Monats wollen sie erforschen, weil die Parteien sich danach richten möchten.

Allerdings erleben die Meinungsforschungsinstitute bei ihren Wahlvoraussagen auch die größten Schlapfen. Jetzt gerade wieder haben die Wähler im amerikanischen Staat Kalifornien bei einer Vorwahl alle Voraussagen Lügen gestraft.

In der Bundesrepublik versucht man heute zwar noch keine Wahlergebnisse für das nächste Jahr vorzusagen, aber erforscht intensiv die Gunst der verschiedenen Parteien bei ihren Wählern. Wozu es eigentlich gut ist, läßt sich schwer sagen, es sei denn, man benutzt die gewonnenen Zahlen wiederum als Propagandamittel, um den politischen Gegner zu schrecken. Die Situationen, die dabei entstehen, sind allerdings gelegentlich grotesk. Wenn innerhalb von wenigen Tagen die Parteien Ergebnisse veröffentlichen, die erheblich voneinander abweichen, so möchte man ihnen nur den Rat geben: schickt eure Meinungsforscher nach Hause. Sie kosten euch viel Geld, aber bringen euch nichts ein. Sie machen euch vielmehr lächerlich und schaden letztlich der Demokratie. e. a.

Politischer Stil als Ausdruck evangelischer Ethik

Eberhard Stammler

Mit nachstehendem Aufsatz setzen wir den Abdruck der Referate der 11. Bundestagung in München fort.

D. Red.

Man kann es mit Recht für ein bedenkliches Zeichen halten, daß wir es überhaupt nötig haben, über den Stil unserer Politik zu reden. Denn es ließe sich dagegen einwenden: Stil hat man, oder man hat ihn nicht. Wir haben ihn offensichtlich noch nicht, und darum haben wir allen Anlaß, uns ehrlich und gründlich mit diesem Mangel auseinanderzusetzen. Nicht ohne Grund war die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Jahren von der Klage erfüllt, daß unser Staatswesen an seinem Stil kranke, und vor allem die junge Generation war dadurch aufs tiefste betroffen. Auch wenn man Hunderte von Gegenbeispielen dagegen ins Feld führen möchte, so könnten wir damit doch nicht jenes schwere Unbehagen wegwischen, das sich an einigen gravierenden Beispielen schlechten Stils entzündet hat.

Politik ist sachbezogenes Handeln

Gegen diese Betrachtungsweise könnte zunächst eingewendet werden, daß Politik nicht nur an moralischen Kategorien gemessen werden könne. In der Tat ist Politik in erster Linie sachbezogenes Handeln, das mit Mitteln der Macht das jeweils Mögliche zu erreichen versucht. Wer sich ein politisches Urteil bilden will, muß sich deshalb in erster Linie an ihren faktischen Möglichkeiten und ihren sachlichen Ergebnissen orientieren. Insofern ist der rigorose Moralismus, der sich seit einiger Zeit gegen die Arena der Politik in Marsch setzt, durchaus nicht unbedingt ein Zeichen besonderer politischer Reife und Gewissenhaftigkeit. Er berechtigt vielmehr zu dem Verdacht, daß in unserem Volk gern der Mangel an politischer Sachkenntnis und Urteilskraft durch moralische Appelle und emotionale Kritik ersetzt wird. Wer sein Urteil über die Politik nur davon abhängig macht, ob ihm die Umgangsformen eines Politikers gefallen oder nicht, der hat in der Tat sein Klassenziel verfehlt und das Wesen der Politik verkannt.

Damit ist allerdings keineswegs ein Freibrief für amoralisches Verhalten in der Politik ausgestellt. Im Gegenteil: Wer die Demokratie ernst nimmt, der weiß, daß sie nicht nur von ihren formalen Ordnungen lebt, sondern daß sie auf die moralische Substanz angewiesen ist, die das Gemeinwesen trägt und erfüllt. Wir haben in der Bundesrepublik sicher eine der besten Verfassungen, und unser Gemeinwesen ruht auf einer geradezu hervorragenden Basis von fest garantierten Grundrechten. Aber wie wenig ist es bisher gelungen, diese geschriebene Verfassung auf die innere Verfassung unseres Staatsvolkes zu übertragen und die Grundgesinnung, die jede Demokratie fordert, zum Gemeingut zu machen!

Wir lassen uns nur zu gern von der Vorstellung verführen, als ob sich unser Staatswesen nur auf wohl

funktionierende Apparaturen stütze. In Wirklichkeit aber haben wir es auf allen Ebenen und in allen Aktionen immer auch mit Menschen zu tun, — mit Partnern und Gegnern, mit Wählern und Gewählten. Wer den Respekt vor den Menschen verachtet, verleugnet auch das Wesen der Demokratie. Wer seine Politik nur im Freistil oder nach der Methode von „catch as catch can“ betreibt, soll sich nicht darüber beklagen, daß wir in einem Staat ohne tragenden Gemeinsinn leben. Nur eine Politik mit verpflichtendem Stil gewinnt die überzeugende Autorität, die den Bürger seinem Staat zu verpflichten vermag.

Das Wesen des politischen Stils

Wir müssen uns nun allerdings darüber verständigen, was das Wesen des politischen Stils ausmacht, und dabei berücksichtigen, daß hier nicht vom möglichen Inhalt, sondern von den Verfahrensweisen der Politik die Rede ist. Ich würde meinen, daß drei Kennzeichen von Bedeutung sind: eine gewisse Noblesse im Umgang mit den Menschen, die innere Identität zwischen Sache und Form und die durchgehende Kontinuität des politischen Verhaltens.

Diese Stichworte machen noch einige erklärende Hinweise notwendig: Guter Stil äußert sich zunächst in einem noblen, anständigen Umgang mit den Menschen. Damit ist nicht nur eine Frage der Form, sondern der Gesinnung gemeint. Sie setzt eine ritterliche Haltung voraus, die aufs engste mit dem Wesen der Demokratie verbunden ist. Denn Demokratie stellt sich ja nicht nur als ein permanenter Prozeß von Auseinandersetzungen dar, sondern sie gründet sich auf die Bereitschaft, mit Menschen verschiedenster Prägung und Interessen im gleichen Gemeinwesen zusammenzuleben. Im Grunde ist mit dieser Noblesse, mit diesem Anstand, nichts anderes gemeint als die Verwirklichung dessen, was unserer Verfassung als Menschenwürde zugrundegelegt ist. Damit ist schon der zweite Gesichtspunkt angedeutet: die Identität zwischen Sache und Form. Man kann zum Beispiel nicht Demokratie predigen und dabei gelegentlich Diktatur praktizieren. Man kann auch vom Volk kein demokratisches Bewußtsein verlangen, wenn man ihm einen undemokratischen Stil vorführt. Erst dann ist zu erwarten, daß das Grundgesetz als überzeugendes Fundament unseres Staates empfunden wird, wenn das, was der Buchstabe festlegt, als gute Sitte seine selbstverständliche Gültigkeit gewonnen hat.

Als Drittes wurde die durchgehende Kontinuität des politischen Verhaltens genannt. Damit ist gemeint, daß ein guter Stil nicht dann schon überzeugend ist, wenn er sich in einzelnen vorbildlichen Akten gelegentlich darstellt, sondern wenn er zur festen Tradition geworden ist. Der politische Stil soll ja ein Staatswesen repräsentieren und darum sollte er durchgängig von oben bis unten und von rechts bis links in Geltung sein. Auch wenn Politiker und Regierungen wechseln, sollte der Stil als inneres Gesetz des Staates erhalten bleiben.

Was wir hier vom Stil sagten, war in der Hauptsache als Forderung ausgesprochen. Das hat seinen guten Grund. Denn gerade an der Stil-Frage wird es offenkundig, wie jung unser Staatswesen noch ist und wie schwach die Fundamente der Tradition sind, auf die es sich stützen kann. Wenn wir bisher nach Maßstäben suchten, waren wir vielfach genötigt, uns gegen negative Beispiele der Vergangenheit abzugrenzen oder auf fremde Vorbilder zurückzugreifen. Nun aber ist die Zeit gekommen, in der wir uns nicht mehr mit den Kinderschuhen der Demokratie entschuldigen können, sondern in der von unserem Staat hieb- und stichfeste Zeugnisse der Reife und der Bewährung verlangt werden.

Wir haben uns nun zu fragen: Von wem werden sie verlangt? Wo in erster Linie soll der Stil geprägt werden? Es ist bei uns üblich geworden, solche Aufgaben vor allem der Schule zuzuschieben und entsprechende Pannen den Lehrern anzulasten. Zweifellos hat sowohl die Schule als auch die Familie, die Welt des Berufs und der Verbände an der Bildung und Einübung eines guten demokratischen Stils einen erheblichen Anteil. Mit der zentralen Lösung dieses Problems haben wir aber nicht unten, sondern oben anzufangen. Für die Prägung des politischen Stils sind die Träger des politischen Willens in erster Linie verantwortlich. Auch die Demokratie ist auf eine verantwortliche Führungsschicht angewiesen, die bewußt zu ihrer Verantwortung steht und die dafür haftbar zu machen ist. Darum ist bei ihr der Hebel anzusetzen, wenn wir erwarten, daß politische Bildung und politischer Stil in unserem Land Gemeingut des Volkes werden.

So entschieden diese Forderung zu stellen ist, so deutlich muß sie allerdings gegen die Illusion abgegrenzt werden, als ob ausgerechnet im Raum der Politik die Vollkommenheit erreicht werden könne, die in anderen Bereichen nicht verwirklicht werden kann. Damit ist jedoch das Versagen nicht entschuldigt und die Verantwortung nicht verringert. Aber zugleich sind die Kritiker und die Schwärmer daran zu erinnern, daß auch das Geschäft der Politik und die Existenz des Politikers unter dem Zeichen der gefallenen Welt steht. — Damit kommen wir unmittelbar zum Thema des zweiten Teils.

Was sagt die evangelische Ethik?

Wir haben nun zu klären, ob die Frage nach dem politischen Stil in der evangelischen Ethik eine Antwort finden kann. Dabei haben wir zunächst allerdings das Mißverständnis abzuwehren, als ob auf dem Forum der westdeutschen Politik eventuell ein evangelischer Stil gegen anders geartete Stilvorstellungen, etwa katholische, durchgesetzt werden solle. Davon kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil auch für diesen Existenzbereich das Gesetz des Pluralismus gilt, von dem unsere säkulare Gesellschaft geprägt ist. Es kann sich hier weder um eine kirchlich-gesteuerte Forderung noch um konfessionelle Ansprüche handeln, sondern es kann hier nur um die Frage gehen, welchen Beitrag der evangelische Christ in das Gesamtgespräch einzubringen hat. Sein Nachdenken und vor allem seine eigene Existenz ist als ein Angebot zu verstehen, das er neben anderen Angeboten in die Waagschale wirft.

Zugleich haben wir uns auch gegen ungerechtfertigte Erwartungen abzugrenzen. Wer sich der Hoffnung hin-

gibt, die Theologie oder die Kirche sei in der Lage, genaue Rezepte oder vorgefabrizierte Bestandteile für ein politisches Fertighaus zu liefern, der wird sich enttäuschen lassen müssen. Die Politik ist und bleibt eine Sache der Vernunft und des Mutes, des rechten Augenmaßes und des klugen Ermessens. Darum kann die Ethik nichts darüber aussagen, was die jeweils richtige politische Entscheidung ist, sondern höchstens, auf welche Weise sie zustande kommen kann und wie sie zur Geltung zu bringen ist. Sie vermag sehr wohl einige entscheidende Orientierungspunkte aufzuzeigen und zugleich die Grenzen sichtbar zu machen, die den politisch handelnden Menschen gesetzt sind.

In der Frage des Stils jedenfalls geht es um diesen Aspekt des menschlichen Verhaltens. Was Eckermann vor 140 Jahren in seinen Gesprächen mit Goethe über den Stil des Schriftstellers aussagte, dürfte auch für den Politiker gelten. Er stellte fest, der Stil des Autors sei im ganzen „ein treuer Abdruck seines Innern“. In der Tat muß die innere Verfassung des politisch handelnden Menschen der Ausgangspunkt unserer Erwägung sein, und da wir als Christen darüber reden, haben wir dabei nach den Direktiven des Evangeliums zu fragen.

In diesem Zusammenhang ist allerdings tunlichst zu unterscheiden zwischen dem öffentlichen Bereich und der gemeindlichen Existenzweise. Max Weber macht mit Recht geltend, daß die Gesinnungsethik, das Prinzip der Bergpredigt, für einen sachgemäßen Umgang mit der Politik nicht anwendbar sei. Man könne auch nicht etwa nur gelegentlich darauf zurückgreifen, wie man in einen Fiaker aus- und einsteige. — Häufig genug wurde in der Nachkriegszeit von manchen evangelischen Kreisen mit einer solchen „Politik der Bibelworte“ eine Verwirrung geschaffen, die den Protestantismus zum Teil bis heute noch politisch lähmt. Angesichts dessen erweist sich der Ansatz der lutherischen Lehre von den zwei Regimenten immer noch als eine hilfreiche Konzeption, die im Bereich der Macht dem Prinzip des Gesetzes sein Recht einräumt.

Liebe — Macht — Gerechtigkeit

Indessen werden wir gut daran tun, wenn wir die Macht und die Liebe nicht nur als unvereinbare Gegensätze verstehen, zumal sich beides auf denselben Herrn bezieht. Paul Tillichs Ontologie führt mit gutem Recht zu der Einsicht, daß die Liebe das Fundament und nicht die Verneinung der Macht sei. Die Macht habe, so sagt er, das zu zerstören, was gegen die Liebe ist.

In die gleiche Richtung weist ein Argument der Ethik von Helmut Thielicke. Er macht darauf aufmerksam, daß die Macht Gottes nie als „Macht an sich“ in Erscheinung tritt, sondern daß sich der allmächtige Gott einer Selbstbegrenzung seiner Macht unterwerfe. Sie stelle sich in den Dienst seiner Absichten, die auf den Menschen zielen. Die Machtausübung und die Machtbegrenzung stammten aus dem Motiv der Liebe.

Damit dürften wir den einen, entscheidenden Angelpunkt für unsere Überlegungen gewonnen haben. Wenn sich aller Umgang des Menschen mit der Macht von der Autorität Gottes ableitet, dann ist der menschliche Machtgebrauch nur dadurch gerechtfertigt, daß er sich als Dienst am Menschen versteht und verwirklicht.

Dienst am Menschen fordert nicht nur Demut und Selbstdisziplin, sondern ebenso Respekt vor der Würde des Mitmenschen, der von Gott als sein Ebenbild geschaffen ist und von ihm als Person angesprochen und gewürdigt wird. Wenn wir in diesem Sinn das Gebot der Liebe als den einen Angelpunkt verstehen, dann werden wir als den anderen das Prinzip der Gerechtigkeit zu nennen haben. Emil Brunner geht mit Recht davon aus, daß die Liebe an der Gerechtigkeit nicht vorbeigehen kann und daß sich in der Welt der Ordnungen der christliche Gehorsam in der Gerechtigkeit äußert. „Durch die Idee der Gerechtigkeit sieht sich der Mensch in eine Ordnung hineingestellt.“

Wir haben also zu respektieren, daß wir von Gott in Ordnungen eingefügt sind, die der Erhaltung seiner Welt dienen. Sie sind uns als Auftrag, als Mandate auf den Weg der Nachfolge mitzugeben, die uns mit göttlicher Autorität an unsere Pflicht in sehr profanen Zusammenhängen weisen. Was hier an Gerechtigkeit zu wirken ist, hat einen durchaus vorläufigen und weltlichen Charakter, aber gerade in, mit und unter dieser Weltlichkeit vollzieht sich unsere christliche Existenz.

Das Gefüge dieser Ordnungen wird durch jeweils eigene Sachgesetze geprägt und aufrechterhalten, die, wie in der Wirtschaft und der Technik, so auch in der Politik ihre eigenständige Würde in Anspruch nehmen können. Darum fordert jede dieser Ordnungen einen ihr eigenen, sachlichen und sachgerechten Umgang. Und eben dies Gebot der Sachlichkeit erweist sich als eine notwendige Entsprechung zum Gebot der Liebe.

Wir können allerdings von diesen beiden Angelpunkten nicht reden, ohne auf ihre tragende Mitte aufmerksam zu machen — auf das zentrale Ereignis von Karfreitag und Ostern. In ihm erkennen wir nicht nur die Fragwürdigkeit und Vorläufigkeit alles menschlichen Vorhabens und aller selbstherrlichen Machtentfaltung. Aus ihm gewinnen wir auch die Zuversicht und die Freiheit, die uns zur Hingabe an unsere Pflicht und zum Verzicht auf unsere Selbstrechtfertigung befähigt. Weil uns hier die Realität der Sünde bewußt wird, können wir nüchtern werden in unseren Erwartungen und in unserem Urteil über andere, und weil uns die Kraft der Vergabung angeboten ist, können wir aus der Verstrickung der Schuld enthoben werden.

In diesen wenigen Sätzen konnten nur andeutungsweise die notwendigen Konturen umrissen werden. Die daraus abzuleitenden Daten für politischen Stil werden sich weithin auf der Ebene humaner „Anständigkeit“ bewegen, wie ja auch die entsprechenden Verhaltenskataloge des Neuen Testaments darauf Bezug nehmen.

Elemente unseres politischen Stils

Es wäre sicher vermessen, wenn nun im dritten Teil der Anspruch erhoben werden sollte, einen verbindlichen Katechismus von Verhaltensregeln zu proklamieren. Aber dennoch soll der Versuch unternommen werden, in sieben Forderungen einige wesentliche Elemente politischen Stils aus der Sicht evangelischer Ethik zu entfalten: Hingabe für das Gemeinwohl — Fähigkeit zur Partnerschaft — Achtung vor dem Gegner — Glaub-

würdigkeit des Handelns — Verpflichtung zur Sauberkeit — Mut zum Verzicht — Bereinigung von Fehlern.

Hingabe an das Gemeinwohl

Wenn wir den Dienst am Menschen als Grundmandat der christlichen Ethik verstehen, dann ergibt sich zwingend daraus, daß für den politisch Handelnden Macht nie Selbstzweck sein darf. Das gilt für jede Partei. Es ist zwar das Recht jeder politischen Partei, um den Platz an der Macht, um den Weg zur Regierungsgewalt zu kämpfen. Wenn sie sich aber um jeden Preis, auch um den Preis der Wahrheit, an ihrer Machtposition festkrallt oder sich zur Macht drängt, dann wird sie zur Gefahr für die Demokratie. Das gilt auch für den einzelnen. Der Ehrgeiz kann zwar eine legale und wirkungsvolle Triebkraft im politischen Kampf sein; sobald er aber zur beherrschenden Peitsche wird und vor allem, wenn diese Peitsche auch noch von der Familie geschwungen wird, ist keine sachliche Politik mehr möglich. Jede Partei und jede Verwaltung kennt wohl genügend Beispiele, in denen ungezügelter Ehrgeiz oder persönliche Eitelkeiten das Klima vergiften und die Entscheidungen korrumpiert haben. Wer an der politischen Verantwortung teilnimmt, sollte jedoch wissen, daß diese Verantwortung immer auf das Ganze, auf das Gemeinwohl zu zielen hat. Er spricht und handelt zwar stellvertretend für eine bestimmte Gruppe, auf der anderen Seite aber ist er doch immer vom gesamten Gemeinwesen in Pflicht genommen. Dieser obersten Pflicht hat er sowohl seine persönlichen Ambitionen als auch die Interessen seiner Gruppe gewissenhaft unterzuordnen.

Wenn wir von Gemeinwohl reden, wollen wir uns allerdings nicht verhehlen, daß diese Vokabel durch viele Sonntagsreden reichlich überstrapaziert ist. Sie kann eigentlich nur dann noch glaubhaft wirken, wenn sie mit einer überzeugenden Konzeption verbunden ist, wenn sie gedeckt ist durch konkrete Vorstellungen von einer realisierbaren Ordnung. Diese Beobachtungen kann man heute allerdings nur noch selten machen.

Statt dessen hat man den fatalen Eindruck, daß jeder in der Politik schon froh ist, wenn er sich immer wieder ungeschoren bis zur nächsten Straßenecke durchkämpfen kann. Von diesem täglichen Kleinkrieg zwischen Fraktionen und zwischen den Ressorts, zwischen Managern und Stammesherzögen scheinen die Energien so zermürbt zu werden, daß offensichtlich nur noch wenig Kraft zum schöpferischen Nachdenken übrigbleibt. Und doch gehört es zum Wesen und zum Stil der „verantwortlichen Gesellschaft“, daß sie, von einer solchen Konzeption ausgehend, an Ordnungen baut, die dem Gemeinwohl dienen.

Fähigkeit zur Partnerschaft

Für uns Deutsche und vor allem für uns Protestanten scheinen Loyalität und Kooperation immer noch ziemlich ungewohnte Fremdworte zu sein. Um so beliebter ist das protestantische Einzelgängertum, das seine Engstirnigkeit und Eigenwilligkeit gern mit der Tugend der christlichen Freiheit verwechselt. Noch nicht überall

hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß heute wohl jede durchgreifende Aktion auf die Arbeitsform des Team angewiesen ist. Statt dessen wird bei uns noch mit Vorliebe von oben dirigiert. Das Team dagegen fordert die Fähigkeit zur Partnerschaft, die Bereitschaft zum Zusammenspiel. Es setzt voraus, daß ich meine eigenen Grenzen und die Begabung des anderen nüchtern und richtig einkalkuliere, daß ich meine Partner nicht selbstherrlich überfahre, sondern sie in ihrer Verantwortung mit-engagiere.

Wir können in unserer politischen Führungsschicht auffallend viel „Materialermüdung“ beobachten. Viele sind eben deshalb zermürbt und verschlissen, weil sie sich zu einsam auf ihrem politischen Weg durchgeboxt haben oder durchboxen mußten. Sie hatten zu wenig ehrliche Partner zur Seite, die sie zur rechten Zeit mäßigen oder ermutigen, korrigieren oder entlasten konnten. Gerade der aufreibende Umgang mit der Macht aber erfordert die Nähe von Menschen, denen man so viel Vertrauen schenkt, daß man auch auf ihr Vertrauen rechnen kann — Freunde, die nicht nur muntere Zechkumpanen, sondern auch ehrliche Kritiker sind, Untergebene, die nicht nur zum Strammstehen gedrillt sind, sondern denen auch das Recht auf eigene Meinung zugebilligt wird.

Wer das Wesen unserer modernen Gesellschaft begriffen hat, der weiß, daß sie in ganz besonderer Weise auf personale Strukturen angelegt ist. Je bedrohlicher die Allmacht der Apparaturen wird, desto beharrlicher muß der Mensch in den Apparaturen als verantwortliche Person zum Engagement kommen. Das bedingt die Fähigkeit, Verantwortung zu delegieren, zum Mitdenken zu ermutigen und auch Widerspruch zu ertragen. Diese Fähigkeit aber setzt ein beträchtliches Maß an Demut und Selbstzucht, an innerer Größe und Freiheit voraus. Wer heute an irgendeiner Stelle der politischen Hierarchie eine verantwortliche Position anstrebt, mußte vor allem danach gefragt werden und daran gewogen werden. Er wird auf die Dauer — darüber sollte man sich keiner Täuschung hingeben — sicher zu leicht befunden, wenn er statt dessen seine Triumphe in telegener Publicity und seine Erfolge in rücksichtslosem Managertum sucht. Guter politischer Stil, der Menschen wirklich zu gewinnen und zu engagieren vermag, zahlt sich auf weite Sicht zweifellos besser aus.

Achtung vor dem Gegner

Ohne Zweifel ist der Kampf eines der legalen Grundelemente der Politik. Dieser Kampf setzt Gegnerschaft voraus, aber er darf nicht zu Feindschaften führen. Politik verwirklicht sich nicht nur in Freund-Feind-Verhältnissen, wie Carl Schmitt behauptet — es sei denn, man wisse, wie Hobbes über den Menschen nichts anderes zu sagen, als daß er ein reißendes Raubtier sei. Schon das Menschenbild der Demokratie, vor allem aber die christliche Ethik verbietet eine solche Verzerrung, — auch wenn fürwahr genug Beobachtungen in diese Richtung weisen mögen. Wir haben davon auszugehen, daß jeder Mensch, auch der erbitterteste Gegner, ein Geschöpf Gottes ist, das durch seine Liebe geädelt ist. Von hier aus begründet sich für uns alle Menschenwürde, und von hier aus verbietet es sich, irgend jemand als

Teufel oder als Bestie zu bekämpfen. Das gilt auch für unsere Gegner im Osten, und es gilt erst recht für unsere Widersacher im eigenen Lande.

Dort, wo sich die Auseinandersetzungen am schärfsten zuspitzen, nämlich in den Wahlkämpfen, ist diese Warnung besonders energisch in Erinnerung zu rufen. Es verrät nicht nur einen schlechten Stil, sondern auch politische Kurzsichtigkeit, wenn der Gegner durch Verdächtigungen oder gar Diffamierungen in Mißkredit gebracht wird. Es müßte grundsätzlich zur Regel erhoben werden, daß keine unbewiesene Unterstellung ins Feld geführt werden darf und daß vor allem das Privatleben und die Ehre des Gegners unberührt bleibt. In diesen Zusammenhang gehört auch das beliebte Spiel, wenn alle Stricke reißen, schließlich noch aus der Vergangenheit des Dritten Reichs ein vergilbtes Papier auszugraben und damit den Gegner zu Fall zu bringen. Wenn sich der Angegriffene in der Zwischenzeit als ein korrekter Demokrat bewährt hat, ist ein solcher Genickschuß infam — zumal man zu mindestens von Christen erwarten sollte, daß sie auch an dieser Stelle die Realität der Vergebung kennen und sie nicht nur für sich selbst in Anspruch nehmen.

Die einzige, relativ konstant bleibende Möglichkeit der Moralisierung der Politik kann sich nur auswirken, wenn den Beherrschten die Freiheit des Vertrauens und Glaubens in die Beherrschenden belassen wird . . . Es ist unerlässlich, daß Führer und Geführte, politische Führungsschicht und Volk, in den jeweilig erreichbaren Graden politisch gebildet werden. Unter solcher Bedingung wird es den politischen Machthabern in der Demokratie erschwert, ihre eigenen Rechte zu überschreiten und die Freiheiten des Volkes unbefugt zu verletzen. Ebenso wird die politische Führungsschicht, wenn sie im Urteil des Volkes bestehen will, eine wirkliche politische Elite im besseren Sinn des Wortes darstellen müssen.

Ludwig Freund, *Politik und Ethik*. Gütersloh 1961

Wir vergessen manchmal zu leicht, daß wir mit dem gleichen Gegner, den wir eben noch in offener Feldschlacht oder aus einem wohlgetarnten Hinterhalt zu erledigen suchten, eventuell tags darauf wieder als Partner am selben Tisch oder gar in der gleichen Koalition zu sitzen haben. Deshalb kommt es darauf an, daß wir Sache und Person zu trennen vermögen — die Sache, gegen die sich unser Kampf richtet, und den Menschen, der uns gegenübersteht. Wer vom Gewicht der eigenen Sache überzeugt ist, wird sie auch sachlich zu vertreten wissen, und wer sie sachlich vertritt, kann auch eine harte Fehde ritterlich und fair durchstehen. Er bleibt sich dann dessen bewußt, daß seine Sache, sein Programm und seine Partei immer nur ein Bruchstück der ganzen Wahrheit bieten kann und daß auch beim Gegner vernünftige Argumente zu finden sein mögen. Auf dieser Basis kann selbst ein erbitterter Kampf noch einen ritterlichen Stil bewahren, und den haben wir fürwahr nötig.

Glaubwürdigkeit des Handelns

Man sagt unserem Staatswesen nicht ohne Grund nach, daß es im Bewußtsein weiter Bevölkerungskreise einer bedenklichen Autoritätskrise ausgesetzt sei. Auch noch so gut gemeinte Appelle aus höchstem Munde müssen damit rechnen, daß sie ohne spürbares Echo verhallen, und selbst die Erinnerung an den „Ernst der Lage“ findet nur wenig Gehör. Die funktionierende äußere Ordnung allein vermochte offensichtlich noch nicht, die innere Autorität zu schaffen, die ein Volk wirklich zu verpflichten und zu binden vermag. Nun wissen wir zwar sehr wohl, daß das Geheimnis der Autorität von einer Reihe unwägbarer Faktoren abhängt, und man kann sich mit Hannah Arendt fragen, ob ihre große Zeit nicht überhaupt vorbei ist. Im Innersten aber hängt sie doch wohl mit der Möglichkeit des Vertrauens zusammen, und ohne dieses Vertrauen ist keine Staatsführung und keine verantwortliche Politik möglich. Denn alles politische Handeln geschieht ja stellvertretend für die gesamte Bürgerschaft, und darum muß es sich jederzeit auf deren innere Zustimmung stützen können. Ja mehr noch: Es fordert ja die Mitverantwortung und das Mitengagement des Staatsbürgers, und es muß in der Lage sein, aus Einsicht und aus Vertrauen Opfer zu verlangen.

Solches Vertrauen kann nicht befohlen und auch nicht durch Manipulation mit Massenmedien organisiert werden. Es entsteht vielmehr dort, wo man weiß, daß man dem anderen wirklich trauen kann. Damit ist sehr hart die Frage nach der Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit unserer Politik gestellt. Es braucht unter uns im einzelnen wohl nicht daran erinnert zu werden, wie ernst sie in der Öffentlichkeit gemeint ist. — Nun ist zwar nicht zu bestreiten, daß auf dem Kampffeld der Politik durchaus nicht immer die ganze Wahrheit offenbart werden kann. Aber was gesagt wird, muß so wahr sein, daß man sich fest darauf verlassen kann. „Die Lüge“, so stellte demgegenüber der Theologe Friedrich Brunstädt fest, „ist die bewußte Täuschung berechtigten Vertrauens“. Darum ist die Lüge in einem demokratischen Gemeinwesen fürwahr ein schlechtes Kampfmittel, und ihr gegenüber ist die Wahrheit sicher immer noch die bessere Waffe. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, daß es um unser staatsbürgerliches Bewußtsein wesentlich besser bestellt wäre, wenn es von vornherein als selbstverständliche Pflicht erachtet worden wäre, dem deutschen Volk jeweils die volle Wahrheit zuzumuten; auch dann, wenn sie bitter geklungen hätte.

Das gilt nicht nur für Verlautbarungen aus dem Mund der Regierenden, sondern auch für den Umgang mit dem Parlament und von Verwaltung zu Verwaltung. Es gilt vor allem auch für den Umgang mit dem Wähler. So unerlaubt es sein müßte, daß sich ein Wahlkandidat der Lenkung durch eine Werbeagentur hingibt, und die Verantwortung vor dem Wähler durch raffinierte Reklame ersetzt, so bedenklich ist es, wenn es zur Volksmeinung geworden ist, daß man Wahlversprechungen keinen Glauben zu schenken braucht. Wer für vier Jahre das Vertrauen der Wähler in Anspruch nehmen will, von dem erwartet man mit Recht, daß er nicht nur auf den Plakaten und bei Volksfesten eine gute Figur

macht, sondern daß er glaubwürdig ist. Man täusche sich nicht über die Willfähigkeit des Wählervolks. Die junge Generation jedenfalls hat gerade an diesem Punkt ein besonders empfindliches Organ für politischen Stil, und sie wird in den kommenden Jahren dafür wahrscheinlich ihre Quittung ausstellen.

Verpflichtung zur Sauberkeit

Wenn man will, kann man aus den vielfachen Presseveröffentlichungen den Eindruck gewinnen, daß unser Staat fortlaufend von Skandalen heimgesucht und erschüttert wird. Wenn man will, kann man diese Berichte als handelsübliche Sensationsmacherei abtun. Die Wahrheit liegt aber vermutlich auch hier in der Mitte. Wenn es das Recht und die Pflicht der Presse ist, unkorrekte Vorgänge aufzudecken, so ist es zugleich ihre Schwäche, daß sie vom redlichen Geschäft des politischen Alltages nur wenig Aufregendes zu berichten vermag. Aber auch wenn man das einkalkuliert, bleibt doch noch genügend Anlaß zu berechtigtem Unbehagen.

Wer als Politiker tätig ist, muß wissen, daß er unter härteren Gesetzen steht als seine Mitbürger: Von ihm erwartet man wohl nicht zu Unrecht, daß er die Ordnung, für die er verantwortlich ist, selbst besonders gewissenhaft respektiert. Man braucht von ihm zwar nicht zu erwarten, daß er sich als Heiliger gebärde, aber man muß bei ihm voraussetzen, daß er ein vorbildliches Maß von Anstand zu wahren weiß. So müßte es für ihn selbstverständlich sein, daß er dienstliche Vergünstigungen streng von privaten oder familiären Wünschen zu trennen hat und daß jeder Verdacht persönlicher Bereicherung oder freundschaftlicher Begünstigung zu vermeiden ist.

Wie bei diesem Problem, so ist es ganz allgemein ein Gebot der Sauberkeit in einem demokratischen Staatswesen, daß auf allen Ebenen sachlich orientierte Kontrollen geschaffen werden, die eine korrekte Rechenschaft ermöglichen. Weil jeder Machtgebrauch notwendigerweise vom Schatten des Mißbrauchs begleitet ist, gehört es zum sauberen politischen Stil, daß dagegen jede denkbare menschliche Sicherung eingebaut wird, und zwar gerade von denen, die selbst an den Hebeln der Macht sitzen.

Mut zum Verzicht

Aus durchaus triftigen Gründen wird gegenwärtig allenthalben der Ruf zum Konsumverzicht und der Appell zum stärkeren Maßhalten laut. In der Tat steht und fällt unsere freiheitliche Lebensordnung mit der Bereitschaft zum freiwilligen Verzicht. Das gilt nicht nur für die Masse der Konsumenten und Lohnempfänger, sondern vornehmlich für die politische Führungsschicht. Max Weber hat in einer seiner berühmten Studien eindrucksvoll nachgewiesen, wie die Haltung der innerweltlichen Askese dem Protestantismus seine hohe geschichtliche Potenz verliehen hatte. Die Fähigkeit, auf persönliche Vorteile und auf eigenen Genuß verzichten zu können, hat ihn zu einer so erstaunlichen Gestaltungskraft befreit. Wahrscheinlich ist es inzwi-

sehen viel zu sehr in Vergessenheit geraten, daß auch heute noch in diesem Sinn jedes Amt verpflichtet. Prominent sein drückt sich nicht, wie man heute vielfach meint, darin aus, daß man höhere Ansprüche an das Leben stellen kann, sondern daß man gegen sich selbst härtere Ansprüche zu stellen hat.

Dazu gehört sicher auch die Freiheit, daß man im entscheidenden Moment auf ein Amt verzichten kann, wenn es das Gemeininteresse fordert. In einer der letzten Krisen unseres politischen Lebens hat es mich besonders beeindruckt, wie ein prominenter Politiker ohne Aufhebens in den Hintergrund trat, und dabei das Wort von Seeckts zitierte: „Stabschefs haben keinen Namen“. Einsicht in die eigene Ersetzbarkeit ist manchmal zweifellos schmerzlich, aber sicher auch heilsam und befreiend — sowohl für uns selbst wie für die andern.

Dieses Verzichtkönnen gewinnt im politischen Kampf auch an anderer Stelle seine Bedeutung. Ich meine damit die Bereitschaft, nicht in jedem Fall und um jeden Preis seinen Triumph gegenüber einem Schwächeren auszukosten. Es ist nicht nur ein Akt der Ritterlichkeit, sondern wohl auch der Klugheit, gerade dann, wenn man in der eindeutig stärkeren Position ist, dem Recht der Unterlegenen oder der Minderheit mit besonderer Sorgfalt Geltung zu verschaffen. In diesem Sinn fordert die Rücksicht auf die gemeinsame Lebensordnung häufig genug den ehrlichen Kompromiß, und es ist anzunehmen, daß das nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Kirchenpolitik zutrifft. Überhaupt sollte man wohl annehmen, daß gerade dem Christen diese Einsicht in die Notwendigkeit des Verzichts besonders naheliegt, zumal er ja die Quelle kennt, die ihn dazu freimachen kann. Darum wäre es zu erwarten, daß auf diesem Hintergrund in besonders überzeugender Weise das Bild eines zuchtvollen politischen Stils geprägt würde.

Bereinigung von Fehlern

Wir werden uns noch einmal mit besonderer Aufmerksamkeit an die christliche Komponente der politischen Ethik zu erinnern haben. Wer auch nur annähernd über die biblischen Aussagen orientiert ist, der weiß, daß sie keinem Menschen die Möglichkeit der Vollkommenheit zubilligen. Sie setzen vielmehr voraus, daß jeder fehlsam ist und darum der Vergebung bedarf. Das gilt ganz sicher auch für den politisch handelnden Menschen und für ihn sogar in gesteigertem Maß. Denn das Geschäft, dem er sich widmet, steht, wie Walter Künneth geltend macht, unter einer besonderen Gefährdung in der Spannung zwischen Dämon und Gott.

Es ist also durchaus nicht überraschend, daß angesichts dieser Abgründe auch das Verhängnis der Schuld auf dem Kampffeld der Politik besonders greifbar wird. Künneth spricht in diesem Zusammenhang von der Last des stellvertretenden Leidens, das der Obrigkeit auferlegt sei. Je schwerer diese Last ist, desto mehr ist jeder, der in der politischen Verantwortung steht, darauf angewiesen, daß er in der Vergebung immer wieder seine innere Freiheit gewinnt. Er braucht sich dessen nicht zu schämen, sondern sollte dazu tapfer stehen.

Aus dieser Freiheit heraus sollte er aber auch den Mut gewinnen, zu seinen Fehlern zu stehen. Selbstverständlich wird man von einem Politiker nicht erwarten können, daß er jede Panne und jedes Versagen an die große Glocke hängt, aber wenn es schon so weit gekommen ist, daß es die Spatzen von den Dächern pfeifen, dann sollte er nicht erst diese Spatzen abschießen, sondern selbst seinen Fehler offen zugeben. Jedenfalls wirkt es in einer solchen Situation wesentlich überzeugender, wenn ehrlich die Karten auf den Tisch gelegt werden, als wenn in einem fortgesetzten Versteckspiel die Wahrheit vertuscht wird. Es scheint mir ohnehin fraglich zu sein, ob der Politiker am glaubwürdigsten erscheint, der unablässig nachzuweisen versucht, daß er immer Recht gehabt habe. Es dürfte im Gegenteil als ein Zeichen von besonderer Größe empfunden werden, wenn einer den Mut hat, einen Irrtum einzugestehen. Man verliert nicht dadurch sein Gesicht, daß man ehrlich einen Fehler zugibt, sondern dann, wenn allenthalben ruchbar geworden ist, daß man ihn mit halben Dementis krampfhaft zu beschönigen und zu tarnen sucht.

Es zahlt sich immer schlecht aus, wenn man ein Volk für dumm verkauft oder es mit billiger Propaganda zu blenden versucht. Ein ehrlicher politischer Stil hat sicher mehr Verheißung, denn er kann ein Volk ganz anders innerlich verpflichten und engagieren.

Unsere Verantwortung

Natürlich kann diese Darstellung nur einige wenige Hinweise vermitteln, die bei weitem nicht das komplizierte Phänomen des politischen Stils in allen seinen Variationsmöglichkeiten aufzeigt, zumal dem persönlichen Format des Politikers noch ein weiter Spielraum zuzubilligen ist. Vor allem muß daran erinnert werden, daß ein solcher Katalog nicht das in Formeln pressen kann, was sich eigentlich in gelebten Selbstverständlichkeiten darstellen sollte. Ebensovienig darf übersehen werden, daß Stil und Ziel der Politik nicht in eins gesetzt werden können. Zwar lassen sich Sache und Form nicht trennen, aber eine gute Form kann eine schwache Sache nicht ersetzen.

Im übrigen mag es auffallen, daß die hier vorgelegten Gesichtspunkte durchaus nicht den Anspruch erheben können, einen ausschließlich oder spezifisch evangelischen Charakter zu tragen. Im wesentlichen handelt es sich dabei vielmehr um Verhaltensweisen, die dem Erbe unserer Geschichte und dem Wesen der demokratischen Gesellschaft entsprechen. Darum dürften sie auch quer durch die Konfessionen und die Parteien praktiziert werden. Hier ging es vor allem darum, daß dem evangelischen Christen deutlich gemacht werden sollte, in welcher Weise die für ihn geltenden ethischen Grundprinzipien zu diesen Stilregeln hinführen wollen.

Wenn wir als Christen darüber sprechen, dann haben wir fürwahr nicht den geringsten Anlaß, uns in Form der Anklage zu diesen Verpflichtungen zu äußern. Wir haben uns im Gegenteil sehr gründlich fragen zu lassen, ob wir in dieser Hinsicht selbst unsere Schuldigkeit getan haben. Wir haben uns daran gewöhnt, Ansprüche geltend zu machen und für unsere kirchlichen Positio-

Berichte

„Das Engagement des Intellektuellen gegenüber dem Staat“ — dieses brillante Referat verlangt noch einmal ganz kurz ein Aufzeigen des roten Fadens. Erstens sagte Gehlen: Intellektuelle sind Menschen, die die Macht des geschriebenen und gesprochenen Wortes handhaben, vor allem Journalisten und engagierte Schriftsteller mit sozialkritischer Tendenz. Merkmale: Fehlen direkter Verantwortlichkeit für praktisches

11. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises Arbeitsgruppe II und III

Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe
„Die Intellektuellen und der Staat“

Heinrich Lades

Handeln, Fehlen der Kenntnisse aus erster Hand, kritische Haltung. Die wachsende Aggression dieser Intellektuellen geht zweitens zurück: a) auf die Unüberschaubarkeit der Information, die zu gefühlsmäßigen ideologischen Reaktionen drängt. b) Dabei wird durch den demokratischen Sozialstaat der alten Fortschrittsideologie der Boden entzogen. Ergebnis: Vergeblichkeitslage, Frustration bei den Intellektuellen. Drittens: Die Angegriffenen, die Handelnden, die Politiker müssen ihr Handeln und ihre Gesinnung durch eine „Verantwortungsethik“ in Kontrolle nehmen, sie müssen sich also mit dem Schuldigwerden beim Handeln auseinandersetzen. Dagegen viertens: Die angreifenden Intellektuellen, immer nach Gehlen, bleiben in einer „Gesinnungsethik“ stecken, die zu

nen Respekt zu fordern. Aber sind diese Ansprüche durch unser Angebot wirklich gedeckt, und ging von uns die notwendige Wirkung des Sauerteigs aus? Wir Protestanten vor allem haben uns nach dem Krieg in weiten Bereichen dadurch hervorgetan, daß wir unsere Kritik laut werden ließen und in vornehmer Distanz abseits standen, um uns ja die Finger am politischen Geschäft nicht selbst schmutzig zu machen und um so freimütiger andere ob dieses Schmutzes anprangern zu können.

Gerade darum ist es an der Zeit, daß wir uns an unserem eigenen Portepée fassen lassen, daß wir haftbar gemacht werden an den Weisungen unserer Ethik. Wenn wir uns als verantwortliche Gesellschaft verstehen, tragen wir in vollem Umfange auch die Verantwortung für die Schwächen unseres Gemeinwesens und für die Mängel am politischen Stil mit. Wenn wir von einer protestantischen Chance reden können, dann besteht sie darin, daß wir an die Kasse treten und die Kräfte unseres Glaubens und unserer Geschichte fruchtbar machen. Wir haben dabei auf die Zukunft hinzudenken, wie uns der Herr der Geschichte mit seiner Hand nach vorn

illusionären Idealvorstellungen führt. Fünftens: Als weiteres Aggressionsmoment kommt die Unterprivilegierung des Geistes in unserer demokratischen Bildungswelt hinzu. Sechstens die Folgerung: Wir müssen aktiv Kontakt aufnehmen zu den Intellektuellen. Keine Diskriminierung. Konkreter Vorschlag: Kontakt-Institutionen.

Nun, in der Diskussion haben wir uns gar nicht leicht getan. Wir haben uns zunächst redlich um den Begriff des Intellektuellen bemüht. Die soziologische Formulierung war nicht für alle befriedigend. Wir haben sie zunächst akzeptiert, daneben aber klar gesagt, daß nach allgemeinem Sprachgebrauch doch zu den Intellektuellen auch die der Intelligenzschicht, der Bildungsschicht Zugehörigen gehören. Jedenfalls haben wir uns miteinander deutlich abgesetzt von einer dritten Deutung: Intellektueller gleich Intellektualist, in dem alten Sinne der zwanziger Jahre („Asphaltliterat“ etc.). Wir sagten also von vornherein ganz klar: Mit dieser Deutung, die auch in der heutigen Zeit immer noch eine gewisse Rolle spielt (siehe den Artikel von Krämer-Badoni im letzten „Bayern-Kurier“), sollten wir nichts zu tun haben, wenn wir zu einer ernstesten Zusammenarbeit, zu einem gegenseitigen Verständnis zwischen politisch Handelnden und Intellektuellen kommen wollen.

Beim Teilthema der Verantwortungsethik wurde sehr deutlich, daß bei den Intellektuellen — jetzt im engeren Sinne von Gehlen — nicht nur das „Zuschauen und unverbindliche Kritisieren“ festzustellen ist, sondern daß auch Verantwortungsethik vorhanden ist. Wir sollten ihnen diese nicht absprechen. Hierbei wurde an Professor Gehlen die Frage gestellt: Sind diese Intellektuellen, die Schreibenden, die das Wort handhaben, nicht doch auch wirklich Handelnde, da ihr Wort ja oft etwas bewegt, Ereignisse auslöst, fördert, hemmt? Sind sie also nicht auch sehr stark an der Macht beteiligt?

weist. Wenn wir unseren politischen Auftrag in dieser Perspektive sehen, dann werden wir gewahr, daß die Frage nach unserem politischen Stil nicht nur durch einige Querulanten hochgespielt wurde, sondern daß mit ihr die Frage nach der moralischen Substanz gestellt ist, auf die hin unsere nachwachsende Generation verpflichtet werden kann. Wir haben bisher weithin von den Restbeständen unserer Vergangenheit und den Anleihen anderer Völker gelebt. Wir haben damit aus den Trümmern zwar großartige Häuser und Paläste geschaffen, die wir mit Stolz der Welt vorweisen.

Aber können wir mit demselben Stolz auch den Geist preisen, der diese Räume erfüllt? Strahlt von ihm jene bindende und tragende Kraft aus, die unser Land und unseren Staat auch für die Zukunft zu sichern vermag? Sind wir nicht im Begriff, die ganze Welt gewinnen zu wollen und dabei die Seele preiszugeben? Um nichts anderes geht es letzten Endes, wenn wir von unserem Stil reden. Denn guter Stil ist dort, wo wir uns von der Autorität der göttlichen Normen in Pflicht genommen wissen und dort, wo wir uns aus dieser inneren Souveränität heraus dem Dienst am Menschen hingeben.

Professor Gehlen hat hier von seiner soziologischen Definition her widersprochen. Er versteht unter den verantwortlichen Handelnden nur die auch offiziell mit der Verantwortung Betrauten.

Wir haben uns dann mit Beispielen für gegenseitiges Unbehagen, die Politiker, die Intellektuelle, beschäftigt. Jedem von uns sind solche Beispiele vertraut. Im Anschluß daran konzentrierten wir uns auf die Frage: Was können wir denn praktisch tun, um einen besseren Kontakt zwischen den Politikern und den Journalisten — so haben wir jetzt einfach gesagt — herzustellen? Da ist a) gefordert worden, wir sollten sie — ich berichte sauber der Reihe nach, ohne zu werten — in gewissem Rahmen an der Verantwortung beteiligen. Wir sollten sie hereinziehen in Kreise der öffentlichen und auch der parteipolitischen Verantwortung. b) Wir sollten ihnen dabei aber in absolut zwangloser Form gegenüberreten, also nicht gleich den Aufnahmeschein für die Partei aus der Brieftasche präsentieren, sondern ganz schlicht und einfach um Rat, Anregung, Hilfe bitten. Denn wir müssen den Wunsch nach persönlicher Unabhängigkeit, die nach Gehlen institutionell bedingt ist, zunächst respektieren. c) Am Beispiel eines Prominenten aus dem Kreise der Intellektuellen wurde gezeigt, wie groß die Überraschung auf seiner Seite war, als er an einem solchen Gespräch teilnahm, als er in eine Parteibesprechung einbezogen wurde — die Überraschung darüber, daß auf unserer, auf der Parteiseite, ganz und gar keine „Antiintellektuellenaggression“ vorhanden war, sondern daß er ganz ernst genommen wurde. d) Prof. Gehlen meinte, wir sollten neue Institutionen der Begegnung zwischen Politikern und Journalisten schaffen. Dagegen wurde gesagt, die Evangelischen Akademien seien ja solche Institutionen. Von journalistischer Seite wurde hier allerdings vor übertriebenem Optimismus gewarnt: Die Chefredakteure, die eigentlich meinungsbildenden Intellektuellen, könnten ja doch nicht zu solchen ganzen Tagungen kommen. Sie könnten sich höchstens einmal für ein paar Stunden freimachen. Für sie sei es daher e) viel besser, wenn sie von den Politikern zu ganz persönlichen Gesprächen eingeladen würden, auch zur Vermittlung von Hintergrundinformationen. Dagegen sollten f) Angebote von den Akademien für den Nachwuchs der Journalisten gemacht werden, denn hier sei festzustellen, daß bei der Überflutung an Informationen einfach die Technik, diese Informationen in den Griff zu bekommen, sie zu sammeln, zu ordnen und zu werten, noch nicht beherrscht werde. Hier könnten die Akademien der Presse eine wirkliche Hilfe leisten. Eine besondere Aufgabe wurde dann im Blick auf die Presseleute herausgestellt, die sich zur Partei bekennen, die aktiv politisch mitarbeiten, die also personale Verbindungsstellen zu den Intellektuellen, zu den Journalisten darstellen. Am folgenden Tage haben wir uns dann mit der zweiten Auslegung des Begriffs Intellektueller beschäftigt: mit den Angehörigen der Intelligenz, der Bildungsschicht. Hier sind wir sehr rasch auf praktische Probleme gekommen. Wir haben uns gefragt, warum es eigentlich im evangelischen Bereich so viele Leute gibt, die öffentliche Verantwortung tragen, es aber ablehnen, parteipolitische Bindungen einzugehen. Es wurde überwiegend festgestellt, daß allgemeine politische Aufgeschlossenheit durchaus vorhanden sei, nicht aber parteipolitische. Vielmehr sei immer wieder die Meinung anzutreffen: Wer in einer neutralen öffentlichen Verantwortungsposition stehe, dürfe sich eben nicht parteipolitisch binden, wenn er seine Wirksamkeit nicht gefährden wolle. Diese Auffas-

sung werde insbesondere im Blick auf den Pfarrer vertreten, beziehe aber auch den Lehrer, den Beamten und den Arzt ein. Sie ende schließlich beim Metzgermeister, der erkläre, er müsse die fleischverzehrende Bevölkerung aller Parteigruppierungen in gleicher Weise versorgen.

Unsere Frage war: Wohin soll das führen? Unsere Antwort lautete: Es ist unsere Aufgabe, den Menschen klarzumachen, daß uns entweder etwas Besseres einfallen muß als die Parteiendemokratie, oder daß — wenn uns nichts Besseres einfällt — die Besten in die Parteien hereingehören (Beifall). Es wurde davon gesprochen — immer auch unter dem Gesichtspunkt der Aggressivität der „sogenannten“ Intellektuellen — daß eine Regierung so gut sei wie das Parlament, aus dem diese Regierung gebildet werde, daß das Parlament so gut sei wie die Kandidaten, die in dieses Parlament strebten und daß die Kandidaten so gut seien wie die örtlichen Kreise der Parteien, die die Kandidaten aufstellten. Und bei diesen örtlichen Kreisen liege das ganze Elend, das ganze organisatorische Elend der Demokratie. Da gäbe es viel zu wenig Leute, die sich örtlich an der Auswahl der Kandidaten beteiligten. Wir wüßten ja alle, wie diese Dinge sich abspielten. Und es sei die Aufgabe gerade auch der geistig verantwortlichen Menschen, auf der Basis der Demokratie, auf der lokalen Ebene, bei der Aufstellung der Kandidaten wirklich mitzuarbeiten, damit die Führungsauslese von unten nach oben einwandfrei funktioniere.

Intensiv haben wir uns natürlich auch mit der Haltung der jüngeren Generation, und hier vor allem der Theologiestudenten und jungen Pfarrer, auseinandergesetzt. Die überkritische Tendenz gegenüber dem Staat, die unter ihnen vor wenigen Jahren noch sehr stark war — von der Atomfrage bis zur Ablehnung unserer Bundesrepublik überhaupt —, hat sich zwar in ihrer Aggressivität vermindert, ist aber immer noch deutlich vorhanden. Wir waren uns einig über die wichtige Aufgabe, die uns evangelischen Gemeindegliedern in diesem Zusammenhang gestellt ist.

Schließlich hat Minister Eberhard noch einmal unterstrichen, daß uns in der Auseinandersetzung zwischen Politik und Intellektuellen eine besondere evangelische Aufgabe zufällt. Wir haben, so sagte er, nun einmal einen kürzeren Weg zu diesen Intellektuellen. Das „Du mußt nicht“ geht uns etwas leichter über die Lippen. Wir sollten uns mit Mut zu einer echten Liberalität bekennen, die nichts mit den überkommenen Vorstellungen des Liberalismus zu tun hat, und die vor allem auch Geduld, Großzügigkeit und Toleranz umfaßt — keine Toleranz allerdings von der Art des Gewährenlassens, sondern Toleranz in Form einer sachlichen Herausforderung des Gegners unter gleichzeitiger Beschützung seiner Existenz, auch seiner geistigen Existenz. Hier liegt also eine evangelische Aufgabe, die uns niemand abnehmen kann und für die wir uns, so meine ich, in diesem Kreis ganz gehörig Mut gemacht haben.

Zum Abschluß lassen Sie mich — außerhalb meines kurzen Berichts — noch etwas ganz anderes kurz sagen. Aus der Überlegung, was zu tun sei, damit Journalisten und Politiker sich besser verstehen lernen, sind einige Thesen entstanden — ganz „ernste“ Thesen:

1. Politiker sind Menschen, die versuchen, mit Hilfe des Wohlwollens von Journalisten wiedergewählt zu werden.

2. Journalisten sind Menschen, die versuchen, mit Hilfe des Wohlwollens von Politikern, Informationen in tägliches Brot umzuwandeln.
3. Journalisten und Politiker sitzen in einem Boot; in einem Dampfer sitzen Politiker, die einen Verlag besitzen, und Journalisten, die es bleiben dürfen, wenn sie Abgeordnete werden.
4. Ideale Politiker sind in den Augen von Journalisten solche, die ihnen verraten, was übermorgen geschehen wird.
5. Ideale Journalisten sind in den Augen von Politikern solche, die sich von ihnen die Kommentare gleich in die Maschine diktieren lassen.
6. Ideale Pressekonferenzen sind für Politiker solche, bei denen sie im überfüllten Saal mit wenigen Worten alles und mit vielen Worten nichts sagen können und damit sämtliche Fragen zur allgemeinen Zufriedenheit beantwortet haben.
7. Ideale Pressekonferenzen sind für ausgepichte Journalisten solche, bei denen sie mit dem Minister unter vier Augen, in tiefen Sesseln vor dem Kamin liegend, eine Nacht hindurch Whisky trinkend, über Sein oder Nichtsein der Welt plaudern können.
8. Warum sollten tatsächlich mehr persönliche Pressegespräche am Kamin — allerdings nach Stammler in etwas korrekteren Formen als eben gesagt — stattfinden? Damit die Rechte künftig besser und früher weiß, was die Linke tut.
9. Politiker sollten nicht unbedingt dagegen sein, wenn einzelne Journalisten oder „engagierte Schriftsteller“ immer weiter nach links wandern auf dem Globus. Wenn sie nämlich einmal herum sind, landen sie mit Sicherheit wieder rechts! Nur, laßt sie nicht zu früh landen; sonst landen sie zu weit rechts.
10. Der Journalist erhält — nach Gehlen — heute bedauerlicherweise seine Informationen aus zweiter Hand, über das Nachrichtenbüro. Er sollte sich darüber nicht zu sehr grämen, denn der Politiker erhält sie meist erst aus dritter Hand, aus der Zeitung am Frühstückstisch.
11. Politischer und journalistischer Stil haben eines gemeinsam: manche haben ihn, manche lernen ihn nie, manche brauchen dazu einen Nürnberger Trichter.
12. Journalisten und Politiker verbindet ein geradezu tragischer Wesensunterschied:
Die Politiker wissen, was die Zeitungen schreiben sollten; die Journalisten wissen, welche Politik man treiben sollte. Hieraus ergibt sich auch die große Befriedigung eines Politikers, wenn man ihn einen Intellektuellen — im Sinne von Gehlens Soziologie — nennt, wie es andererseits höchstes Lob für einen Journalisten bedeutet, wenn man ihn für einen Politiker hält.
13. Journalisten meinen, daß alle Politiker eigentlich eine Elefantenhaut, das Herz eines treuen Schäferhundes und — vor allem ihnen selbst gegenüber — die sanften Pfoten einer schmeichelnden Jungkatze haben müßten.
14. Demgegenüber meinen die Politiker wiederum, daß der Deutsche Presserat eigentlich demnächst die „Sieben politischen Spielregeln“, die Eberhard Stammler auf der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises verkündet hat, in Lizenz übernehmen müßte.

15. Wenn Journalisten und Politiker ihr gegenseitiges Engagement überdenken, sollten sie sich darüber klar werden wann sie einander am nächsten stehen: Wenn sie auch einmal schmunzeln können.

16. Schluß- und Lokalthese:

Journalisten und Politiker aus Bayern waren sich darüber einig, daß dem Vorschlag von Bundesminister Dr. Schröder einmal in München eine CDU-Tagung zu veranstalten, nähergetreten werden kann. Antrag auf vorherige Aufnahme in die CSU wird für empfehlenswert gehalten.

Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe „Deutschlands Lage und Zukunft“

Walter Strauss

Die Arbeitsgruppe hat sowohl gestern nachmittag als auch heute morgen bis kurz vor Beginn unserer zweiten Plenarversammlung mit einer Beteiligung ihre Gespräche geführt, die unsere vergangenen Tagungen weit übertroffen hat. Wir konnten 25 Diskussionsbeiträge entgegennehmen, die sich vielfach zu einem echten Gespräch entwickelt haben.

Natürlich gab uns das Referat des Herrn Außenministers Anlaß, uns zunächst mit seinem Inhalt zu befassen und einzelne Fragen des Referats ausführlicher fortzuentwickeln. Sehr ernst genommen haben wir den von uns begrüßten Appell zur Geduld und Gelassenheit in Fragen der Außenpolitik, den wir anhand von Beispielen aus der Zeit zwischen 1945 und heute noch unterstrichen haben. Insbesondere geschah das am Beispiel des Schicksals des Ruhrstatuts, das ursprünglich aus Mißtrauen gegen Deutschland als Organisation der Besatzungsmächte erlassen, dann nach dem Petersberger Abkommen vom Herbst 1949 zur deutschen Beteiligung und schließlich bereits 1952 auf Grund des Schumanplans zum Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl geführt hat. Es ist jeder Außenpolitik eigen, daß die Zukunft sich nicht immer nach Gesetzen fortbildet, die in der Vergangenheit entwickelt worden sind. Der Außenpolitik wohnt stets das Moment des Spontanen inne; ihre Aufgabe ist es, den richtigen Zeitpunkt zu erkennen, zu dem nicht mehr ein Abwarten, sondern ein Handeln geboten ist.

Bei den mehr grundsätzlichen Erörterungen wurde auf ein Weiteres hingewiesen: Wir Deutsche sind vielfach geneigt, politische und namentlich außenpolitische Fragen emotionserfüllt zu betrachten. Daher muß mit Nachdruck bewußt gemacht werden, daß man Politik und insbesondere Außenpolitik zwar mit heißem Herzen treiben soll, daß man aber nur zu positiven Ergebnissen kommt, wenn kühles und rational arbeitendes Denken nicht fehlt.

Allgemein bestand im Bereich auf die Außenpolitik Übereinstimmung darin, daß die gegenwärtige Lage für Alternativen keinen Raum gibt. Wir sind uns nicht nur bewußt, daß der Bau des politischen Europa nur in inniger Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich geschehen kann, sondern sind darüber hinaus dankbar und beglückt, daß das deutsch-französische Verhältnis zu einer so vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt hat, wie sie durch den deutsch-französischen Bündnisvertrag ermöglicht worden ist. Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß die Freiheit Europas nur

bewahrt bleiben kann durch die Fortsetzung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, wie diese von Bundeskanzler Dr. Adenauer begründet worden sind. Der Arbeitskreis steht in der Bejahung dieser fortgesetzten Zusammenarbeit in Europa und für Europa in vollem Umfang hinter der Politik unseres Außenministers und hinter den Darlegungen seines Referats.

Im übrigen war es interessant, daß zum ersten Mal in der Erörterung von außenpolitischen Fragen in einer Arbeitsgruppe unserer Tagungen sich das Schwergewicht der Diskussion von Fragen des Westens auf solche des Ostens verlagert hat. Das mag eine zeitgeschichtliche Erscheinung sein. Es mag aber auch an der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises gelegen haben. Er bestand zu unserer Freude zu einem großen Teil aus Deutschen, die aus den Gebieten stammen, aus denen die deutsche Bevölkerung vertrieben worden ist. Besonders bemerkenswert war, daß von diesen Teilnehmern eine erhebliche Zahl Pfarrer gewesen sind, die entweder in auslandsdeutschen Gemeinden oder in deutschen Gemeinden des Ostens innerhalb der Grenzen von 1937 tätig waren. Das hat uns sehr beeindruckt. Diese Gesprächsteilnehmer sind natürlich auf solche Fragen eingegangen, die der Herr Außenminister in seinem Referat behandelt hat.

Ich möchte über zwei dieser Fragen berichten: Die Sprecher aus jenen Ostgebieten haben sich ausdrücklich dazu bekannt, daß der endgültige Verlauf der deutschen Ostgrenze nur auf friedliche Weise in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vereinbart werden kann. Wir sind uns darüber einig, daß wir mit Herz und Kopf eine gütliche Verständigung mit den Völkern des europäischen Ostens wünschen, daß wir aber nicht bereit sind, Rechtsansprüche, völkerrechtliche Ansprüche von vornherein preiszugeben, und daß hierfür nicht der geringste Anlaß besteht.

Sodann sind wir auf die Fragen der Selbstbestimmung eingegangen und stimmen mit den Sätzen des Referats überein, wonach wir der sowjetischen Regierung gegenüber immer wieder darauf aufmerksam machen werden, daß eine auf Selbstbestimmung beruhende Ordnung in Mitteleuropa für alle unsere Nachbarn von Vorteil sein wird. Es geht uns nicht etwa nur oder gar ausschließlich um die Selbstbestimmung für die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone, sondern es geht uns ganz allgemein um die Selbstbestimmung als europäisches Prinzip, um die Anerkennung dieses Rechts für sämtliche europäischen Völker, wo immer auch ihr Sitz ist. Wir stellen uns in dem Verlangen nach Freiheit und Selbstentscheidung über unser Schicksal an die Seite all derjenigen Völker, denen das noch nicht aus freiem Entschluß zuteil geworden ist. In diesem Zusammenhang haben insbesondere Vertreter der Heimatvertriebenen die Verstärkung der kulturellen Kontakte zu den osteuropäischen Völkern rückhaltlos bejaht.

Eine Weiterentwicklung gegenüber früheren Gesprächen bedeutete es auch, daß in erheblichem Umfang über Probleme der Entwicklungshilfe und der Entwicklungsländer diskutiert wurde. Ich möchte das nur hervorheben, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Lediglich ein Gesichtspunkt dürfte erwähnenswert sein: Für eine erweiterungsfähige und praktisch sehr brauchbare Möglichkeit der Förderung der Entwicklungsländer wurden die Handhaben des EWG-Vertrages über den Abschluß von Assoziationsverträgen mit überseeischen Staa-

ten angesehen. Die Arbeitsgruppe bejaht die Verantwortlichkeit der mitmenschlichen Völkergemeinschaft für weitestmögliche Unterstützung der Entwicklungsländer, die nicht nur aus vordergründigen außenpolitischen Motiven erfolgen darf, wengleich diese nicht zu verachten sind, sondern die vornehmlich eine Verpflichtung jeder verantwortlichen Gesellschaft darstellt.

Unabhängig von dem Inhalt des Referats ergab sich am Schluß unserer Beratungen ein sehr eingehendes Gespräch über die Unterentwicklung des Vaterlandsgefühls in Deutschland. Wir haben versucht, darüber zu meditieren und einige Gründe dafür zu nennen. Sie sind wohl, wie so vieles andere, eine Folge des unglücklichen Ablaufs der gesamtdeutschen Geschichte. Wir haben ein gesamtstaatliches Gefühl eigentlich bereits seit dem frühen Mittelalter nicht mehr besessen; es gab zwar im 17. und 18. Jahrhundert das Bewußtsein, einer gemeinsamen Kulturnation anzugehören, obgleich Deutschland eine Welt von über 100 Vaterländern ohne ein eigenes politisches Gesamtgefühl darstellte. Der Versuch einer aus dem Volk kommenden Einheitsbewegung ist 1848/49, aus welchen Gründen auch immer, gescheitert, so daß in der damaligen Literatur als gängiger Begriff der des geteilten Deutschland benutzt wurde. Es war dann nicht das Werk des Volkes und der Staatsbürger, sondern das Werk der Regierungen und eines überragenden Staatsmannes, durch das die gesamtstaatliche Einigung herbeigeführt wurde. Als sie erreicht war, lief das echte Vaterlandsgefühl bald Gefahr, beflügelt durch die Wohlstandsentwicklung der damaligen Zeit, in einen übersteigerten Nationalismus überzugreifen. Wir haben uns aber auch ganz bewußt daran erinnert, daß die Augusttage von 1914, auf die wir für immer stolz sein dürfen, der Durchbruch eines echten, alle Schichten des Volkes ergreifenden Vaterlandsgefühls, eines reinen Verteidigungsbewußtseins gewesen sind. Wir haben dann auf den Zusammenbruch von 1918 hingewiesen, der eine traumatische Spaltung des Nationalgefühls zur Folge hatte, die eine wesentliche Voraussetzung für das kommende Unglück war, nämlich auf der einen Seite eine auch politisch von gewissen Richtungen geförderte Unterkühlung des Vaterlandsgefühls, auf der anderen Seite eine unglückselige Übersteigerung, die man kaum noch mit dem Wort Nationalismus bezeichnen kann, und die dann auf die grauenhafteste Weise während des Krieges zur Knechtung von fremdem Volkstum geführt hat. Darüber muß man sich klar sein, wenn man die Situation von 1945 begreifen will. Wir haben dann für uns selbst und für das deutsche Volk als Ergebnis unserer Überlegungen die Forderung aufgestellt, uns vor allen Extremen zu bewahren, ein gesundes Heimat- und Nationalgefühl zu pflegen, ein Vaterlandsgefühl, das nur dann echt ist, wenn es sich mit Achtung vor jedem fremden Volkstum verbindet, wenn es sich jedes Überschwangs enthält, aber nicht darauf verzichtet, stolz auf das eigene Volk zu sein. Ich erwähne das so ausführlich, weil ich aus den Gesprächen in der Arbeitsgruppe den Eindruck habe, daß das weitere Kreise als die Teilnehmer an dieser Arbeitsgruppe bewegt.

Damit möchte ich den Bericht über die Sachprobleme abschließen. Ich glaube, daß die Arbeitsgruppe in dem bescheidenen Maße, das ihr zeitlich möglich war, die Forderung verwirklicht hat, die Bundesverteidigungsminister von Hassel gestern abend in so einprägsamer Weise formuliert hat, nämlich die Mitarbeit nach innen. Mein Appell geht an Sie, daß das von jedem von uns in seiner politischen Arbeit fortgesetzt wird.

Geist - Ordnung - Macht

Die 11. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in München hat in der Presse ein außerordentlich lebhaftes Echo gefunden.

Die meisten Beobachter sind sich einig, daß das Wort vom „evangelischen Unbehagen“ nicht mehr den Tatsachen entspricht. So schreibt Wilhelm Gradmann in der „Stuttgarter Zeitung“:

„Gemeinhin hört man in der Öffentlichkeit über das Wirken des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU nur dann, wenn das Gremium seine Jahrestagung abhält; seine Arbeit vollzieht sich sonst in der Stille. Die Bundestagung bietet jedoch jährlich die Gelegenheit, die gesamte protestantische Prominenz der Partei zu versammeln und vor der Bevölkerung zu dokumentieren, mit welcher wichtigen Persönlichkeiten der evangelische Flügel der CDU/CSU aufwarten kann. Nicht weniger als drei Mitglieder des Bundeskabinetts — nämlich Erhard, Schröder und von Hassel — sprachen neben bayerischen Politikern auf der einzigen öffentlichen Veranstaltung

Zum Abschluß und gewissermaßen als Zusammenfassung dessen, was uns gestern und heute bewegt hat, gestatten Sie mir einen Hinweis auf die Bedeutung des Grundgesetzes: Das Grundgesetz gibt den Rahmen, aber auch den Inhalt unseres politischen Gemeinschaftslebens. Der Staatsbürger sollte sich mit ihm mehr befassen als das gemeinhin geschieht, nicht nur mit den organisatorischen und mehr juristisch anmutenden Teilen, sondern namentlich mit dem Gehalt der Grundrechte. Hier ist ein Integrationsfaktor für unser staatsbürgerliches und staatspolitisches Leben gegeben, der vielleicht zu wenig ausgenutzt wird. Um das auf unser Hauptanliegen anzuwenden, nämlich auf unsere gemeinsame nationale Zukunft, möchte ich die wunderbar formulierten Worte des Vorspruchs zu unserem Grundgesetz verlesen, die sich hierauf beziehen: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und der Welt, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk ...“ sich diese Verfassung gegeben. „Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Schließen aber will ich mit den Worten, den sehr wohl überlegten und sehr ernst gemeinten Worten eines der hervorragendsten Staatsmänner dieser Jahrzehnte, des amerikanischen Präsidenten Kennedy, die dieser am 25. Juni des vergangenen Jahres 1963 in der Paulskirche in Frankfurt zu uns gesprochen hat: „Wir alle im Westen müssen unserer Überzeugung treu bleiben, daß der Frieden in Europa nicht eher vollendet ist, als nicht die Menschen überall in Europa in Frieden und Freiheit die Form ihrer Regierung bestimmen und sich — ohne Bedrohung ihrer Nachbarn — für die Wiedervereinigung mit ihren Landsleuten entscheiden können.“

des am Wochenende in München abgeschlossenen Kongresses. Insbesondere seitdem Außenminister Schröder als Nachfolger von Ehlers und Tillmanns dem Arbeitskreis vorsteht, werden die Bundestagungen groß aufgezogen, und zum zweiten Male schon hat Schröder vor diesem Forum eine grundlegende außenpolitische Rede gehalten. Besonders augenfällig wirkte die Wahl der Jahrestagung als Plattform der seit langem erwarteten Rede in diesem Jahr, weil der Parteitag der CDU erst kurz zuvor in Hannover stattgefunden und der Außenminister auf ihm geschwiegen hatte.

Was beabsichtigt Schröder mit dieser starken Akzentuierung des Arbeitskreises? Will er sich in ihm eine Hausmacht schaffen? Der Gedanke liegt nahe, aber es deutet nichts darauf hin, daß er in den vergangenen Jahren — und er ist immerhin schon seit 1955 Vorsitzender des Kreises — Ansätze für einen solchen Schachzug getroffen hätte. Mit starkem Nachdruck wies er auf der Tagung auch die Unterstellung zurück, der Arbeitskreis verfolge personalpolitische Ziele, etwa in der Weise, die evangelischen Politiker in der CDU in einflußreiche staatliche Machtpositionen hineinzumanövrieren. Das lag allerdings auch keineswegs in der Absicht von Ehlers, auf dessen Initiative die Gründung des Kreises im Jahre 1952 zurückgeht. Damals ging es ganz einfach darum, Probleme in einer Aussprache zu klären, die durch die Wiederbewaffnung entstanden waren, über die auf der Seite der Evangelischen in der CDU die verschiedensten Auffassungen laut wurden. Während die Katholiken mit gefestigten Ansichten aus dem Zentrum kamen, floß bei den Protestanten der Zustrom aus den verschiedensten Richtungen, die nicht leicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden konnten. Aus diesen Anfängen ist der Arbeitskreis weitergewachsen. Es gibt immer wieder Fragen, bei denen der Protestant sich nicht in demselben Maß wie der Katholik an der Staats- und Soziallehre seiner Kirche orientieren kann. Hier ist es möglich, in Diskussionen einen evangelischen Standpunkt zu erarbeiten.

Während in früheren Jahren das Wort vom „evangelischen Unbehagen“ hin und wieder durch die CDU geisterte, weil sich besorgte Protestanten fragten, ob sie nicht vom katholischen Flügel in der Partei majorisiert würden, hat sich mehr und mehr die Überzeugung durchgesetzt, daß der Einfluß der evangelischen Christen auf die Politik der CDU/CSU hauptsächlich von deren tätiger Mitarbeit abhängt. So sieht heute der Arbeitskreis eine wichtige Aufgabe darin, den Willen zur Mitarbeit der Evangelischen in der Politik zu aktivieren. Wie sehr dies auch von katholischer Seite als notwendig anerkannt und gewürdigt wird, zeigt eine Bemerkung des geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Duffhues, der erklärte, wenn sich die Partei in Gebieten mit evangelischer Bevölkerungsmehrheit gut behauptet habe, so sei dies im wesentlichen ein Erfolg des Wirkens des Arbeitskreises. Von irgendeinem politischen Gegensatz zwischen den Katholiken und den Protestanten in der Union oder auch nur einem Gefühl der Zurücksetzung war auf der Münchner Tagung nicht das geringste zu merken. Das Selbstbewußtsein im evangelischen Flügel der Partei ist gewachsen; vielleicht wäre das in den Anfangsjahren gar nicht auf den Gedanken gekommen, in einer so stark katholisch bestimmten Stadt wie München zu tagen.“

Das Referat von Professor Peter Brunner hat in München lebhaftes Diskussionen ausgelöst. Christoph Freiherr von In-

hoff berichtet im „Kölner Stadt-Anzeiger“ darüber: „Professor Brunner sprach nicht von der Macht und der modernen Ordnung, sondern vom Recht und seinen übergeordneten Normen, von der Gesellschaft, in deren Herzengeschichte sich das Schicksal des Menschengeschlechtes entscheidet, und von der unzerstörbaren Einheit aller Menschen, deren Gliedern das gleiche Recht aus den Gesetzestafeln Mose als Urgebot ins Herz geschrieben sei. Christen und Nichtchristen könnten sich auf dieser Grundlage begegnen. Für sie alle sei der Eine am Kreuz gestorben.“

Kaum jemals ist während einer Zigarettenpause auf marmornen Stufen und unter ehrwürdigen Bildern großer Meister zwischen Theologen soviel gelästert worden wie in diesen zehn Minuten. „Ein harter Marxist gehörte jetzt hierher, der uns der Wirklichkeit etwas näher bringt!“ — „Wenn ich das meinen Erdölarbeitern erzähle, fragen sie mich: Was woll'n'S nacha bei uns?“ Ein berühmter urbayrischer Pfarrer: „Wie will nacha der Papua, der grad seine Großmutter am Spieß brat'n hat, wissen und erfahr'n, daß er sündigt? Da muß ihm na schon dös Schnitzel schlecht schmeck'n. Wann's ihm aber schmeckt, ist er doch überzeugt, daß er a guter Mensch ist.“ Nach zehn Minuten entstand von Theologen und Nichttheologen die Tendenz: Wenn das die Theologie des Evangelischen Arbeitskreises der Union ist, dann gibt es überhaupt keine Schranken mehr; dann war die Reformation umsonst, dann werden die Gesetze des Staates sakralisiert; dann darf es keinen Widerspruch mehr gegen den Staat geben.

Aber es war nicht Theologie des Arbeitskreises. Er hat überhaupt keine Theologie. So versicherte der theologische Diskussionsleiter Professor Hahn. Er hatte die oft recht scharfen Pfeile aufgefangen, die nun die Diskussionsredner in wohlgesetzter Rede abgeschossen. „Wenn das so einfach wäre, daß wir alle ein gemeinsames Verständnis des Guten hätten!“ Auschwitz und Dachau geisterten durch den Saal, als einer ausrief: „Das, was wir eben gehört haben, ist genau das, wovon wir uns entfernen müssen. Das ist ein Stück Vergangenheit. Das ist neunzehntes Jahrhundert!“

Fehler, Widersprüche, falsche Maßstäbe — in zweistündiger Diskussion wurde alles nachgerechnet. Nur einer, ein Schwärmer, redete begeistert gegen das Kopfschütteln an. „So werden wir alles Trennende überwinden und den Kommunismus besiegen! Diese Rede muß verbreitet werden!“

Drei Stunden vorher noch hatte Gerhard Schröder, nun ein schweigsam gewordener Zuhörer am Präsidialtisch, das Ziel des Arbeitskreises so umrissen: „Den evangelischen Bevölkerungsteil auf den katholischen hinführen. Davon hängt die Zukunft der CDU/CSU ab.“ Als ich das Künstlerhaus kurz vor Mitternacht verließ, sagte mir ein junger Theologe, Schröders Ziel ansprechend: „Aber nicht so!“ Er hatte recht.

Aber so hatte es Schröder auch gar nicht gewollt. Er war während eines Privatgespräches froh, daß Brunner die Waffen zu einer harten und lebendigen Diskussion geliefert hatte. Aber er gab doch zu, daß dieser gut gemeinte Humanismus nicht gerade das rechte Korsett für den Tagungsbeginn gewesen ist.

Der bayrische Landesbischof konnte gestern morgen in der Matthäuskirche vieles korrigieren. Aber die Mehrzahl derer, die nach München gekommen waren und von den Glocken des gazeverhangenen Kirchturms gerufen wurden, fehlten, als davon die Rede war, daß „Gott nicht Partei ist und keinen Parteihorizont hat“. Nur klein war die Gemeinde, als vor den

20 Kerzen des Altares vor einem falschen Optimismus des Guten gewarnt wurde, der die Abgründe nicht mehr sieht.“

Horst Keil empfiehlt im „Heidelberger Tageblatt“, der Arbeitskreis solle sich die Gedanken Brunners zu eigen machen:

„Dieses Referat, das nicht ohne Kritik von einigen Mitgliedern des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU hingenommen wurde, wollte keine Ideologie, kein Programm bieten, nach dem alle Fragen, die einem christlichen Politiker begegnen, gelöst werden können. Aber es zeigt Wege auf und steckt den Horizont ab, in dem sie gelöst werden können. Finden diese Gedanken in den evangelischen Kreisen der CDU/CSU eine Heimstatt, so wäre dies der positivste Beitrag, den dieser Kreis überhaupt leisten kann. Hier geht es nicht nur um die Klärung von Einzelfragen, beispielsweise die Beantwortung der Wehrpflicht durch einen Christen, sondern ums Ganze. Von hier aus würde auch das kontroverstheologische Gespräch innerhalb der CDU/CSU sich viel fruchtbarer, ökumenischer gestalten können. (Darauf zielen die Gedanken Brunners auch ab, denn sie wurden im Durchdenken der katholischen Theologie gewonnen.) Das Referat ermöglicht ein fruchtbares Gespräch des Christen mit dem Nichtchristen, des Protestanten mit dem Katholiken, ein neues Gespräch der Kirche mit der Welt, ein Gespräch nicht ohne Ernte.“

Zu den Gesprächen über den politischen Stil schreibt Friedrich Baukloh im katholischen „Echo der Zeit“:

„Es geht um die Erarbeitung einer verbindlichen Ethik politischen Verhaltens. Dazu haben sich theologisch Prof. Brunner und sozialetisch Pfarrer Eberhard Stammler in Referaten in München geäußert. Mancher Beobachter neigt allerdings mehr der Ansicht zu, in diesem Problembereich sollte man einen Repräsentanten der Evangelischen Kirche in Deutschland (etwa Oberkirchenrat Wilkens — Leiter des Amts für Öffentlichkeitsarbeit der EKD) mit einem Koordinierungsversuch der verschiedenen Meinungen betrauen und dann das dabei erzielte Ergebnis diskutieren. Denn auf keinen Fall dürfen diese Klärungen in einem politischen Arbeitskreis von Protestanten verschiedener Bekenntnisse letztlich in theologischen Richtungsstreit ausmünden. Damit wären sie doch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Thesen aufzustellen ist ein protestantischer Brauch. In München wurde er von Stammler sehr gewissenhaft praktiziert. Die EKD beschreitet einen anderen und, wie die Ergebnisse zeigen, erfolgreicheren Weg. Dort ist man allmählich dahingekommen, Übereinkünfte zu ermitteln. Und das empfiehlt sich mit noch mehr Nachdruck für einen politischen Arbeitskreis, dem Lutheraner, Unierte und Reformierte angehören. Diese Übereinkünfte könnte man dann im Geist des Unionsgedankens mit den Katholiken in der CDU/CSU abstimmen zu einer gemeinsamen Besinnung auf das C in der CDU.“

Näher gelegen hätte allerdings vielleicht noch ein anderer Weg. Nämlich in Hannover die von evangelischen und katholischen Theologen erarbeitete Grundsatzklärung zur Diskussion zu stellen. An diese Diskussion hätte dann vom Evangelischen Arbeitskreis in München angeknüpft werden können. Es gibt im Evangelischen Arbeitskreis von CDU und CSU sehr ernst zu nehmende Stimmen, die sich die Meinung Gerstenmaiers nicht zueigen machen, der Entwurf der Grundsatzklärung sei noch nicht veröffentlichungsreif gewesen.“

Die Münchener „Süddeutsche Zeitung“ faßt ihren Eindruck von der Tagung des Arbeitskreises wie folgt zusammen:

„Wir Evangelischen haben einen kürzeren Weg zu den Intellektuellen“, meinte dieser Tage der Minister Eberhard, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU. Wenn dem tatsächlich so ist, dann haben die evangelischen Politiker der Unionsparteien auf ihrer Arbeitstagung in München einen bemerkenswerten Versuch gemacht, diesen Weg zu nutzen. An Einsichten und ehrlichen Bestandsaufnahmen waren diese Tage nicht unergiebig. Kennzeichnend dafür ist die mit Humor gemischte Distanz, aus der der Erlanger Oberbürgermeister Lades seine „sehr ernst gemeinten Thesen“ über das gegenseitige Engagement von Journalisten und Politikern vortrug — wobei der Schmunzelbeifall auch von der Pressetribüne nicht ausblieb. Der Aachener Professor Gehlen schlug sogar vor, die Kontakte der Intellektuellen zur politischen Praxis zu institutionalisieren.

Ob das Verhältnis zwischen beiden freilich aus Mangel an Institutionen gestört ist? Das vielbeachtete Referat des Stuttgarter Chefredakteurs und Pfarrers Eberhard Stammler legte mehr Wert auf Fragen des politischen Stils: Etwa, daß der Umgang mit der Macht die Nähe von Menschen verlange, die nicht nur muntere Zechkumpane, sondern auch ehrliche Kritiker sind. Was hier über das Festkrallen an Machtpositionen oder über die Glaubwürdigkeit von Politikern und Wahlversprechen gesagt wurde, war um so überzeugender, als Stammler vor einem rigorosen Moralismus warnte, der Mangel an politischer Sachkenntnis durch emotionale Kritik zu ersetzen suche.

Niemals bisher war auf einer Tagung der Unionsparteien das Thema Geist und Macht mit mehr Ernst in den Vordergrund gestellt worden. Was der Bundestagsabgeordnete Martin von den großen Parteien sagte, gilt freilich in besonderem Maße für die Unionspartei: Gerade sie hat kein geschlossenes, modernen Bedürfnissen angepaßtes Programm der Kulturpolitik; und ebensowenig hat sie kulturpolitische Vorstellungen entwickelt, die ähnlich verbindlich sind wie die über die Außen- oder die Eigentumspolitik. Wird die CDU/CSU die Anregungen der Münchner Arbeitstagung ernst nehmen, wird sie mehr als klingende Worte darin erblicken?“

Versachlichung und Konzeption

Unter dieser Überschrift zieht Peter Fränz in „Akademischer Dienst“ einige Folgerungen aus den Diskussionen der Kulturpolitischen Arbeitskreise auf den Treffen in Hannover und München.

„Nachdrücklicher noch als beim CDU-Parteitag in Hannover rückte im Ergebnis beim 11. Bundeskongreß des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in München die Kulturpolitik in den Vordergrund. Die Protestanten in der Unionspartei forderten ein kulturpolitisches „Dringlichkeitsprogramm“ für die nächsten 15 Jahre. Man wird darin nicht lediglich eine Reaktion auf die hauptsächlich von Picht ausgelöste kulturpolitische Diskussion der letzten Wochen sehen dürfen, vielmehr war offenbar in immer breiteren Kreisen der CDU das Gefühl aufgekommen, daß die Partei es in der Kulturpolitik

nicht länger mit einem Hinweis auf regionale Zuständigkeiten und Initiativen, die ab und an von schönen, jedoch mehr das Grundsätzliche pflegenden als der praktischen Politik dienenden Kulturkongressen überwölbt werden, genüge sein lassen dürfe. Freilich hat der praktizierte innere Föderalismus und Pluralismus der Unionspartei dazu geführt, daß sie heute ein, wie es in München hieß, „geschlossenes, modernen Bedürfnissen angepaßtes Programm der Kulturpolitik“ erst entwickeln und erarbeiten muß — worin die CDU übrigens unter den deutschen Parteien nicht ganz allein steht. Ein geschlossenes Programm entwickeln — das ist natürlich leichter gesagt als getan, zumal in den Unionsparteien weltanschaulich und sozial recht differenzierte Kräfte vereinigt sind. Noch vor kurzer Zeit wurde in einer gescheiterten Studie über die CDU (Alois Schardt: „Wohin steuert die CDU?“) die Ansicht vertreten, die (regionale) Differenzierung der Kulturprogramme beziehungsweise die Entwicklung „landeseigener Vorstellungen christlicher Kulturpolitik“ sei für die Union ein großer Vorteil gewesen, weil sie sie vor einer konfessionell einseitigen Festlegung für das ganze Bundesgebiet bewahrt habe. In der Tat war es noch vor zwei Jahren unmöglich, beispielsweise die Schulpolitik der CDU von Schleswig-Holstein mit der der rhein-pfälzischen oder baden-württembergischen Schwesterorganisation auch nur von ungefähr auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. In letzter Zeit ist hier eine erstaunliche Entwicklung in Gang gekommen, die wohl zum Teil auf einen Generationswechsel in vielen politischen Führungspositionen zurückzuführen ist. Es tritt zunehmend eine Versachlichung der Kulturpolitik ein. Bestimmte politische Lösungen — wie die Mittelpunkt- oder Dörfergemeinschaftsschulen — tragen keinen weltanschaulichen Stempel mehr, den man ihnen einst aufgedrückt hat, sondern werden vorurteilslos und unter Zweckmäßigkeitgesichtspunkten betrachtet. Diese Entwicklung ist nicht denkbar ohne den Hintergrund der Wandlungen im Katholizismus und speziell in der Kulturpolitik des katholischen Episkopats. Wie auch auf dem sogenannten Kleinen Katholikentag in Münster sich mit großer Deutlichkeit zeigte, streben die deutschen Katholiken aus ihrem kulturpolitischen Ghetto heraus, wollen den Bildungsrückstand des katholischen Volksteils beseitigen und suchen sich darum von der primär konservativen Haltung der Vergangenheit zu lösen. Den verstärkten Fortschrittswillen, der sich auch im katholischen Flügel der Union regt, unterstrich sehr eindrucksvoll das Referat des nordrhein-westfälischen Kultusministers Mikat auf dem CDU-Parteitag in Hannover.

Im Zeichen der neugefundenen „Sachlichkeit“ ist man sich besonders einig über die dringliche Notwendigkeit des Ausbaus des ländlichen Bildungswesens, der besseren Begabungsausschöpfung, der intensiveren Bildungswerbung. Einig ist man sich auch über die finanziellen Konsequenzen einer zeitgerechten Kulturpolitik. Prinzipiell gibt es darüber jedenfalls keine Diskussion mehr, wenn auch über die Prioritäten in der praktischen Haushaltspolitik nachher oft Meinungsdivergenzen entstehen. Bei den Protestanten in München war allerdings noch die besondere Sorge spürbar, daß der Föderalismus die kulturelle Einheit weiterhin gefährden könnte, und man forderte darum die Länder auf, bei ihren Maßnahmen stets Rücksicht auf den Gesamtstaat zu nehmen. Auch machte sich der Evangelische Arbeitskreis die Forderung nach einem Planungsreferat im Bundesforschungsministerium zu eigen. Bedarfsfeststellung, Bildungsplanung, Wissenschaft gleich Brot von morgen — es sind heute für alle Parteien geläufige

Vokabeln geworden. Man kann mit geringem Vorbehalt sagen, daß man sich über die materielle Seite der Kulturpolitik weithin einig ist. Offen bleibt, ob sich dafür um so deutlicher die inhaltlichen Ziele — besonders beim Stichwort Bildungsreform — unterscheiden werden. Einige Beobachter glauben, daß sich in München nun auch die CDU dem ungeduldrigen Ruf nach Reformen angeschlossen habe, und in dieser Bemerkung klang die Befürchtung durch, daß die Versachlichung und „Entideologisierung“ der Kulturpolitik einen Trend zum allseitigen appeasement mit sich bringt, bei dem die Anpassung an — nationale und internationale — Zeitströmungen den bewußten Willen zur Gestaltung ersetzt. Ohne Zweifel birgt die moderne „Verwissenschaftlichung des Le-

bens“ (um ein gebräuchliches Schlagwort aufzunehmen) die Gefahr in sich, daß auch politische Entscheidungen, bei denen es um Wertsetzungen geht, auf die Ebene objektivierbarer Sachentscheidungen verlagert werden. Darum ist die Mahnung angebracht, daß die kulturpolitischen Programme der Parteien mehr sein müssen als die Lösung einer national-ökonomischen Rechenaufgabe, daß sie nämlich — Weltanschauung hin, Versachlichung her — Vorstellungen über die kulturelle und soziale Bestimmung des Menschen entwickeln müssen, an der die materiellen und organisatorischen Maßnahmen der Kulturpolitik ausgerichtet werden. Unter dieser Voraussetzung wird die eigentliche kulturpolitische Diskussion erst noch beginnen.“

Bücher

Hans Günther Adler. Eine Reise. Erzählung. Verlag bibliotheca christiana, Bonn 1962. 353 S. DM 18,50.

Ohne Namen zu nennen und Daten anzugeben, wird hier das Grauenhafte der Judenvernichtung in einem scheinbar alltäglichen Bericht eingefangen; in einer unauffälligen, aber eindringlichen Weise wird dadurch unterstrichen, daß sich alle diese Maßnahmen im Rahmen des normalen Alltagslebens abgespielt haben. Zeichen für dieses Schreckliche waren sichtbar — etwa die Diffamierung der Juden oder die fortschreitende Ausscheidung aus dem kulturellen und beruflichen Leben —; aber man wollte diese Zeichen nicht sehen oder verstehen, und war immer bereit, ihnen eine harmlose Deutung zu geben, um sich zu beruhigen und zu salvieren.

Dieser Bericht steht unter dem vielsagenden Stichwort „Die Reise“, und es wird deutlich, daß alle Stationen auf der vielfältig verschlungenen Route dieser Reise letzten Endes dem einen Ziel, der Vernichtung, zustreben. Boten der Nacht tauchen auf, und Befohlene wider Willen führen das Unheimliche durch, das alles Begreifen übersteigt. Als nachher die Schatten der Nacht zu weichen beginnen und man durch die Schleier der Tarnung hindurch des Entsetzlichen nackt und unverhüllt in seiner Gräßlichkeit ansichtig wird, stellt sich darum auch sofort eine tiefe Verständnislosigkeit ein, die den schrecklichen Keim der Selbstrechtfertigung in sich trägt. Man begnügt sich — und ist froh darüber —, noch einmal davongekommen zu sein, und stellt keine weiteren Betrachtungen über das Vergangene an.

Doch sind einige Menschen da, die quer durch allen Stumpfsinn und alle Resignation hindurch merken, daß es nicht genügt, diese schreckliche Zeit nur hinter sich gebracht zu haben. In Gesprächen — und das stimmt versöhnlich und gibt einen tröstlichen Ausblick — versucht man, das Fazit aus diesen Ereignissen zu ziehen. So wird die Reise noch einmal zum Symbol, zu einem Aufbruch in die Freiheit, in der allein Spielraum für Ehre und Würde eines Menschen ist. Eine Reise — und man muß dies unterstreichen —, daß man zur Freiheit immer unterwegs ist und sich nie mit Lösungen begnügen kann, die gestern gültig waren und heute schon wieder zu einer wirklichen Freiheit erstickenden Routine geworden sind. Darum ist dieses Buch ein unüberhörbarer Aufruf, trotz aller Bedrohung des Menschlichen von der uns tragenden Mitte des Lebens her zu leben und unsere Reise in der Kraft dieser Freiheit zu unternehmen, das heißt aber sich gegenseitig zu

trauen und anvertrauen zu lernen. Das ist die Gnade, die in der Schöpfung webt und sich erneuert. Ohne Gnade geht es nicht.
Rudolf Pfisterer

Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto. Mit einem Vorwort von Johann Christoph Hampe. Christian-Kaiser-Verlag, München 1963, 313 S. DM 10,80.

In unserer Zeit der Zahlen und der Statistiken, in denen Millionen und Milliarden geläufig sind, droht der gräßliche Mord an den Juden im grauen Abgrund des Zahlenmaterials zu verschwinden; damit wird nur zu leicht eine ganz unangebrachte Vergeßlichkeit gefördert, die wir uns um der Wahrheit willen nicht leisten können. Dadurch verirren wir uns dann schnell in einem bösen Gewirr von Illusionen, die unsere Mitmenschen nicht heilen. Das Blut Abels vertrocknet nicht so rasch, wie es aus manchen Äußerungen hervorzugehen scheint. Unsere Geschichte ist ja nicht deshalb vergangen, weil der zeitliche Abstand zu ihr sich vergrößert; die von daher alle Welt anstarrende Bedrohung ist erst überwunden, wenn unter diese grauenhafte Unmenschlichkeit der endgültige Schlußstrich gezogen wird. Dies ist aber nicht möglich, indem wir diese Greuel auf jede Art und Weise aus unserem Bewußtsein verdrängen, sie bagatellisieren oder gar parfümieren, sondern indem wir uns ihnen schlicht in aller Redlichkeit stellen und daraus richtige Konsequenzen ziehen.

Dazu kann uns das vorliegende Buch verhelfen. Es sind Aufzeichnungen von Tagebüchern aus dem Ghetto, die auf eine wunderbare Weise auf uns gekommen sind, Berichte von Augenzeugen, die durch diese Hölle geschritten sind und dabei zum Teil auch umkamen. Drei der fünf Autoren sind im Feuer dieses Inferno vergangen; darum ist ihr Zeugnis ein über den Tod hinaus gültiges Vermächtnis. In ihrer schonungslosen Schilderung bekommen die namenlosen Zahlen ein menschliches Gesicht, das von unendlichem Leiden, von Tränen und Blut, gezeichnet ist.

Man kann es kaum fassen, welcher brutalen Unmenschlichkeit Menschen fähig sind. Besonders unheimlich sind die Berichte über das Leiden der Kinder in der Maschinerie dieser Todesmühlen. Juden mußten untergehakt an die von erschossenen Leichen brennende Grube hintreten. Jeder bekam einen

Schuß ins Genick, und nach einer Minute brannte er bereits. Mütter mußten ihre Kinder dazu entkleiden, und nackte Mütter wurden mit ihren nackten Kindern auf dem Arm den Weg ins Feuer getrieben. Manchmal kam es vor, daß Kinder sich nicht ausziehen ließen: „Mama, ich habe Angst.“ Dann nahm einer von der SS das Kind bei den Beinchen, zerschmetterte es vor den Augen der Mutter an einem Baum und warf es danach an den Beinchen ins Feuer.

Trotz dieser Leiden vereinigen sich auch manche Juden zum Beten und Fasten. Andere Kameraden halten Wache, damit sie nicht von den Wachmannschaften überrascht werden. Denn so dunkel war diese Hölle, daß auch das Beten bei

Todesstrafe verboten war. Kein Wunder, daß in diesem Grauen Fragen und Zweifel an der Treue und Güte Gottes aufsteigen — und der Weg der Gepeinigten zwischen getrostem Glauben und unheimlichem Nichtmehr-glauben können verläuft.

Die Lektüre dieses Buches darf man sich nicht ersparen; es rückt vorschnell gefaßte Urteile — unsere so üppig wuchernden Vorurteile nach der einen wie der anderen Weise zurecht, indem wir Menschen in ihrem Leiden zu Gesicht bekommen, die uns mit ihrem Leiden eindringlich fragen und die auf eine gute Antwort in unserer Generation warten.

Rudolf Pfisterer

Leserbriefe

Protestantische Kulturpolitik

Heft 3/4, März/April 1964

Der Aufsatz über Protestantische Kulturpolitik von Frau Dr. Hanna Walz in der Nr. 3/4 unserer Zeitschrift zwingt mir einen „Leserbrief“ ab, der verhängnisvolle Mißverständnisse verhüten soll.

Wir leiden unter der Niveaulosigkeit unserer kulturpolitischen Debatten in den deutschen Parlamenten und machen dafür die Unfertigkeit der Kulturbesinnung innerhalb der CDU verantwortlich, besonders auf evangelischer Seite. Das ist für uns um so peinlicher, seitdem die SPD hier eine Priorität, ja ein Monopol beansprucht und die CDU damit — nicht ohne deren Schuld — in die geistige Defensive drückt.

Wir begrüßen deshalb jeden Versuch, das 1945 so hoffnungsvoll Begonnene und dann unter dem Andrängen der praktischen Fragen sträflich Liegengelassene wieder aufzunehmen und uns eine Handhabe zu geben, daß wir wieder guten Gewissens und in froher Gelassenheit von „Kulturpolitik“ sprechen können. Es ist doch wahr, daß das auf Kulturtagungen Gesagte und in Diskussionen Vorgebrachte sich viel zu sehr in Randfragen zerfaserte und gar zu häufig nur auf Interessen von Lehrergruppen bezog.

Es ist also erfreulich, wenn die Evangelische Verantwortung hier mitwirken will. Was aber in der Nummer 3/4 abgedruckt wurde, hat mich recht erschüttert. Ich meine nicht das angekündigte Buch von Frau Dr. Walz, wohl aber den „Extrakt“, gleichgültig, wer ihn hergestellt hat.

Die hier so kühn vorgenommene Verengung der Kultur aufs bloß Materielle mag zeitgemäß erscheinen, ich finde sie einfach dürftig. Sie führt, weitergedacht, nicht nur zu einer Materialisierung aller geistigen Begriffe, sondern gibt auch den kulturellen Institutionen Ziele, die erschreckend niedrig gesetzt sind und den für sie getriebenen Aufwand eigentlich nicht mehr lohnen. Es gibt heutzutage Strömungen, die die Kultur zu einem Stück Wohlstandspflege machen wollen und den Wert der Bildung in ihrer Nützlichkeit hierzu sehen. Aber wenn die Kultur als Oberbau der Wirtschaft behandelt werden soll und diese als Unterbau ihre „Kulturfunktion“ erhält, dann sollten wir diese Art der Betrachtung lieber den Marxisten überlassen, die es genau so und nicht anders gelernt haben. Auch die Christen und die CDU haben Sozialpolitik zu treiben, selbstverständlich, aber hier hat ein Vergreifen

im Begriff oder mindestens im Vokabular stattgefunden, das entweder einen Bruch im Gedankengang oder eine falsch gewählte Ausgangsstelle verrät. Wir sollten diese Argumentation lieber Sache von Lehrgewerkschaften sein lassen, nein, wir sollten hier kritisch eingreifen und uns dabei bewußt sein, daß auch dort nicht nur Standesforderungen, sondern „Weltanschauungen“ propagiert werden, westlich und östlich.

Um es an einem Beispiel aus der Geschichte klarzumachen: Vor einem halben Jahrhundert nahm die evangelische Theologie eine Wendung. Es sollte deutlich werden: Theologie ist nicht die Predigt bürgerlicher Moral. Welch ein Schritt! Tatsächlich! Es wird auf den Kanzeln seitdem anders gepredigt. Gott kommt wieder vor. Nun weiß ich auch, daß Kultur und Religion nicht dasselbe sind und Kulturpflege nicht Theologie ist. Aber sollte ein Christ von „Kultur“ reden können ohne in bezug auf Gott? Habe ich aber Gott so eingeklammert, wie es damals die auch gläubigen Pastoren taten, dann wird Kulturpolitik unvermeidlich zu einem Teile der Sozialpolitik und diese im Handumdrehen zu einem Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik. Dann wird die Kultur „bewirtschaftet“ oder — verwirtschaftet. Wenn die CDU nichts anderes zu sagen weiß, dann sollte sie gar nichts sagen und sich aufs Praktische, das „technisch Notwendige“ beschränken.

Rätselhaft ist es mir, warum diese Kulturpolitik „protestantisch“ genannt werden soll. Vor vier Jahrhunderten wurde gegen Rom und Reich protestiert, gegen die Gewalt durch eine Mehrheit in Glaubensfragen. Wir sind einigermaßen erleichtert, daß wir gegen diese Mächte nicht mehr zu protestieren brauchen. Protestieren müssen wir heute mit unseren katholischen Mitchristen zusammen gegen den Atheismus, vor allem den heimlichen Atheismus, der die Kultur gegenchristlich zu manipulieren sucht. Wenn wir, wie Frau Dr. Walz verlangt, in einer säkularisierten Gesellschaft ein „christliches Zeugnis“ abzulegen haben, dann erwächst hier unsere Aufgabe. Aber das wollen wir nicht mit dem altmodischen und überlebten Ausdruck „protestantisch“ benennen.

Christliches Zeugnis ablegen, heißt ja wohl auch, überzeugt sein, daß Gott sich bezeugt.

Wenn die Verfasserin hierin mit mir übereinstimmt, dann wäre ich froh. Sollte ich sie mißverstanden haben, wie ich hoffe, dann gibt ja die Frist bis zur Veröffentlichung ihres Buches die gute Gelegenheit, alle Mitklänge und Mißklänge und Mißverständnisse auszuschalten für das erstrebte Ziel. Oberstudiendirektor a. D. Ernst Eichelbaum, MdB, Godesberg